



FRANKFURT magazin

- 8 Deutscher Fußball ist europäisches Anliegen
- 14 CDU vor Ort
- 24 Rahmenplan Höchst
- 26 Frankfurt senkt Gewerbesteuer-Hebesatz



Vertreibung im
Europa des
20. Jahrhunderts

9



Freiwilliger
Polizeidienst
auch in Frankfurt

27



Zeil-Umbau jetzt!



Nr. 3 Oktober 2006

FRANKFURTmagazin

Titelbilder:
dpa, MAB, Rotberg, Wanka

Editorial	3
Thema	
Zeil-Umbau kommt	4
Aus der Partei	
60 Jahre CDU Zeilsheim und Sindlingen	6
Albert Hardt: Gratulation zum 100. Geburtstag	6
Dr. Walter Wallmann erhält Ignatz-Bubis-Preis 2007	7
Ernst Gerhardt: 85 Jahre und kein bisschen alt	7
Termine	7
Deutscher Fußball ist ein europäisches Anliegen	8
Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts	9
Hessisches Ladenöffnungsgesetz ist auf dem Weg	10
Stabwechsel im Landtag: Schnell rückt für Rhein nach	10
»Stadtreise« mit dem Ebbelwei-Express	11
»Festmeister« auf dem Rödelheimer Straßenfest	11
Integration ist mehr als nur eine Unterschrift	12
Petra Roth – Über den Dächern Sachsenhausens	12
Traditionelle Ortsbegehung mit Stadtrat Uwe Becker	13
Planung des AIRRAIL-Centers	13
Besuch des Alten Flugplatz Niddawiesen	14
Ausflug nach Bad Wildungen	14
Die Währung sichern – Preisstabilität gewährleisten	15
»Kultur bleibt auch nach der Party«	15
Aus den Vereinigungen	16
Aus der Fraktion	
Koalition des Realismus – Schwarz-Grün in Frankfurt am Main	20
Im Porträt – Die hauptamtlichen Magistratsmitglieder der CDU	21
Fußball-WM – Sicherheitskonzept hat sich hervorragend bewährt	22
Zuwanderung und Zuwendung sind entscheidend für Frankfurts Zukunft	23
»Im Frankfurter Westen geht die Sonne auf« – Rahmenplan Höchst	24
Die Frankfurter Altstadt erhält ihr Gesicht wieder	25
Denkmalschutz macht Bauen und Wohnen attraktiv	25
Frankfurt gibt die Rote Laterne bei der Gewerbesteuer ab	26
Erfolgsmodell Freiwilliger Polizeidienst startet in Frankfurt am Main	27
Vandalismus-Delikte nehmen zu – CDU besucht Bahnpolizei	28
Flugreisen ist durch Videotechnik zunehmend sicherer	28
CDU-Fraktion tagte im Brand- und Katastrophenschutzzentrum	29
Aktiver Umweltschutz mit viel Know-how	29
»Müllgaragen« für ein sauberes Frankfurt	30
CDU-Fraktion reinigt das südliche Mainufer	30
Seniorengerechtes Wohnen: Gegenseitige Hilfe wie bei den Ameisen	31
Wer erhält das Elterngeld? – Interview mit Daniela Birkenfeld	31
Frankfurt am Main, die »Stadt der Kaisermacher«	32
Marschbefehl Richtung Levante – Stadt schreibt an die »Frankfurt«	33
Persönliches	34
Anträge und Anfragen	37
Pressearbeit	38
Magazin fragt – Boris Rhein antwortet	39

FRANKFURTER HORIZONTE

Neue Reihe der CDU-Fraktion

Thema:

Mütter in Führungspositionen – Brauchen wir einen neuen Feminismus?

Impulsstatement: Prof. Dr. Daniela Birkenfeld (Vorsitzende Frauen Union Frankfurt am Main)

Podiumsdiskussion: Corinna Emunds (DIE ZEIT), Petra Roth (Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main), Monika Rühl (Leiterin Change Management, Lufthansa), Prof. Dr. Norbert Walter (Deutsche Bank)



Moderation: Katrin Müller-Walde (ZDF)

Zeit: Dienstag, 7. November 2006, 20.00 Uhr

Ort: Commerzbank AG

Anmeldung erbeten unter:

▶ post@cdu-fraktion-ffm.de oder Tel. (069) 13 87 28-0

Impressum

Herausgeber:

CDU-Kreisverband
Hanauer Landstraße 7 (Zoopassage)
60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 15 30 99-0
▶ cdufrankfurtmain@t-online.de
▶ www.cdu-ffm.de

CDU-Fraktion

Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main
Tel. (069) 13 87 28-0
▶ post@cdu-fraktion-ffm.de
▶ www.cdu-fraktion-ffm.de

Redaktion:

Thomas Feda (tf) (v. i. S. d. P. für Parteiteil),
Wolfram Roos (wr),
Joachim Rotberg (jr) (v. i. S. d. P. für Fraktionsteil)

Freie Autoren:

Prof. Dr. Daniela Birkenfeld (db), Joachim Bovier (jb),
Dr. Christian Duve (cd), Jochem Heumann (jh), Wolff Holtz (wh),
Ulf Homeyer (uh), Dr. Daniela Kops (ds), Stefan Köhler (sk), Dieter
Kunzler (dk), Stefan Künzel (sk), Alexander Schart (as), Charlotte
Schmidt-Imhoff (cs), Jan-Dominik Schneider (js), Christof Warnke
(cw), Günter Weißenseel (gw), Hella Welker (hw), Volker Wirtgen
(vw), Alexander Zollmann (az)

Konzept, Grafik und Produktion:

DigitalAgentur mpm
Tel. (061 31) 95 69-20
▶ www.digitalagentur-mpm.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die
Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 27. November 2006



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zeigen, dass die allgemeine Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit Wähler in die Enthaltung oder zu den kleineren Parteien treibt. Umfragen zeigen auch, dass Klagen über die vielen Kompromisse in der Koalition und über einen politischen Orientierungs- und Identitätsverlust in den beiden Volksparteien weit verbreitet sind. Bisher ist es der Großen Koalition nicht gelungen, die erzielten notwendigen Kompromisse als Erfolge darzustellen. Denn nach einem Jahr Regierungsarbeit sind Reformen auf den Weg gebracht worden, die vorher undenkbar schienen: Föderalismusreform, Reform der Familienförderung, wichtige Schritte zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes und Erhöhung des Renteneintrittsalters.

Die Regierungsarbeit der Großen Koalition, zu der es derzeit keine Alternative gibt, ist die eine Seite der Medaille.

Die andere Seite ist die Arbeit der CDU vor Ort in den Städten und Gemeinden. Hier in Frankfurt am Main haben wir nach der erfolgreichen Wahl der neuen Stadträte des schwarz-grünen Bündnisses Ende Juli – auf Seiten der CDU Uwe Becker, Boris Rhein und Prof. Dr. Felix Semmelroth – die erste Bewährungsprobe der Koalition hinter uns. Drei Monate »Stadtregierungsarbeit« in Frankfurt haben bereits gezeigt, was eine CDU mit einem festen Koalitionspartner, klaren Verhältnissen im Magistrat und mit schnellen Entscheidungsprozessen im Stadtparlament leisten kann:

- Senkung des Gewerbesteuersatzes zum 1. Januar 2007 um 30 Punkte auf 460. Frankfurt wird als Arbeitsplatz- und Wirtschaftsstandort noch attraktiver.
- Einführung des Freiwilligen Polizeidienstes ab 1. Januar 2007. 90 freiwillige Polizeihelfer werden in den Stadtteilen auf Streife gehen. Frankfurt wird noch sicherer.
- Investitionsprogramm »Zu Hause im Stadtteil« am Beispiel Rahmenplan Höchst. Für Höchst ergeben sich ausgezeichnete Möglichkeiten, die vorhandenen baulichen Schönheiten ins rechte Licht zu rücken und bestehende »Schmuddelecken« und Brachflächen zu beseitigen.
- Konzept zur Stärkung der Hauptschulen. Durch stärkere Praxisorientierung sollen Abschlussquoten der Schüler erhöht und damit ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz verbessert werden.

- Der Umbau der Zeil kommt. Die Einkaufsmeile erhält ein neues Gestaltungs- und Beleuchtungskonzept. Rund 7 Millionen Euro werden in die Hand genommen. Die Stichstraßen zur Zeil und ihre Parallelstraßen erfahren ebenfalls eine Aufwertung (siehe Titelthema).

Diese Beschlüsse sind für eine Stadtregierung in dem kurzen Zeitraum eine ganze Menge.

Es zeigt sich deutlich: Wir stellen uns den Herausforderungen und wollen den Erfolg – im Interesse der Stadt und der Bürgerinnen und Bürger. Wir werden unsere Chancen nutzen und gemeinsam mit unserer Oberbürgermeisterin Petra Roth Frankfurt am Main weiter voranbringen und die Zukunftsorientierung unserer Politik herausstellen. Die nächsten Schritte werden mit den bevorstehenden Haushaltsberatungen in der Stadtverordnetenversammlung folgen. Abermals in Frankfurt rekordverdächtige Gewerbesteuerereinnahmen im Jahr 2006 sind dabei kein Anlass zu gesteigerter Euphorie. Wir werden die dadurch verbesserte Investitionsfähigkeit nutzen, müssen aber auch die Haushaltskonsolidierung fest im Blick behalten.

Unser Konzept für Frankfurt am Main steht: Wir wollen ein wirtschaftlich starkes und soziales Frankfurt! Je mehr es uns gelingt, die Koalition zu prägen, desto deutlicher wird die CDU als die gestaltende Kraft für die Zukunft der Stadt wahrgenommen. In diesem Sinne gehen wir an die Arbeit!

Mit besten Grüßen

Udo Corts Mdl,
Kreisvorsitzender

Markus Frank,
Fraktionsvorsitzender



Zuversichtlicher Zeil-Rundgang mit dem Planungsdezernenten Stadtrat Edwin Schwarz (4.v.r.). Im Hintergrund die Baustelle des Projekts FrankfurtHochVier. Mit im Bild: Dieter von Lüpke (Leiter Stadtplanungsamt), Jochem Heumann, planungspolitischer Sprecher CDU-Fraktion, CDU-Fraktionschef Markus Frank, Stadtverordneter Stefan Majer (Grüne) und Olaf Cunitz, Fraktionschef der Grünen im Römer (v.l.).



Zeil-Umbau kommt

CDU und Grüne beschließen Neugestaltung der Einkaufsmeile

Die schwarz-grüne Koalition hat den Magistrat am 14. September 2006 beauftragt, zügig ein Gesamtkonzept für den seit Jahren diskutierten Umbau der Zeil vorzulegen. Auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages, den die Stadtverordneten verabschiedet haben, soll das Erscheinungsbild der Zeil zwischen Hauptwache und Konstablerwache durch ein neues Gestaltungs- und Beleuchtungskonzept verschönert werden.

Die Stichstraßen zur Zeil und ihre Parallelstraßen erfahren ebenfalls eine Aufwertung und die Wegebeziehungen in Nord-Süd-Richtung werden verbessert. Auch die Nebenstraßen links und rechts der Zeil sollen verschönert werden, beginnend mit der Großen Friedberger Straße. Darüber hinaus wird die Konstablerwache umgebaut und dabei das bestehende Podest beseitigt. Ein entsprechendes Gesamtkonzept, das auch die Aufteilung der Bauabschnitte umfasst, soll das Planungsdezernat der Stadtverordnetenversammlung baldmöglichst vorlegen.

Konzeptionelle Grundlage für die geplante Umgestaltung der Zeil ist die Beibehaltung der vorhandenen und für die Zeil charakteristischen vier Baumreihen und deren Unterbrechung bzw. »Auslichtung« zu kleinen Platzanlagen an den Kreuzungspunkten und in besonders stark frequentierten Bereichen.

Zudem soll der Magistrat für die gastronomischen Angebote auf der Zeil eine Planung vorlegen, die jeweils zwei vorhandene Pavillons durch einen größeren Neubau ersetzt und eine attraktive Gastronomienutzung und Außenbewirtschaftung beinhaltet. Gleichzeitig ist ein attraktives

Lichtkonzept zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität während der Abend- und Nachtstunden und eine ganze Reihe neuer Fahrradstellplätze vorgesehen.

Die Planungen für eine Umgestaltung der Konstablerwache müssen eine Verbesserung der Aufenthalts- und Freizeitattraktivität des Platzes erreichen. Auf Vorschlag der CDU-Fraktion soll zudem geprüft werden, ob und an welchem Standort ein Brunnen auf der Konstablerwache errichtet werden kann. Am Rande des Platzes soll eine Fahrradabstellanlage geschaffen werden. Es wird außerdem sichergestellt, dass der beliebte Bauernmarkt weiterhin stattfinden kann. Zukünftig wird nach der Neugestaltung des Platzes auch sichergestellt, dass der Bauernmarkt nicht mehr wegen anderer Veranstaltungen ausfallen muss.

Geprüft werden soll schließlich ein verbindlicher Termin für die Verbindung der beiden Fußgängerzonen Zeil und Hauptwache und die damit einhergehende Sperrung der Hauptwache für den Individualverkehr. (jr)





Die Zeil um 1900. Ausschnitt aus einem Stadtplan von Frankfurt am Main.

Vom Boulevard zur Shopping-Mall – die Zeil historisch

»Da ist jedes Köstliche zu sehen, und es herrscht der Erde Gott, das Geld«. Als Schiller das Gedicht »Die Teilung der Erde« an Goethe sandte, schrieb er dazu, er werde es am besten mit Blick auf die »Zeil« lesen. Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die Zeil – etwa mit dem 1797 für einen Seidenhändler aus Verona errichteten »Russischen Hof« – geschäftiger Mittelpunkt der Stadt.

Im Mittelalter verlief die Zeil parallel zur ehemaligen stauischen Stadtmauer des 12. Jahrhunderts. Außerhalb der Mauer wurde der Viehmarkt abgehalten. Nach der Gründung der Frankfurter Neustadt 1333 wurde die Umgebung bebaut, die Zeil blieb jedoch die mit Abstand breiteste Straße der Stadt. Ihr Name stammt von ihrer ursprünglich einseitigen Bebauung (»Zeile«). Im 17. und 18. Jahrhundert entstanden prächtige Paläste an der Zeil, erbaut von reichen Bürgerfamilien oder den ausländischen Gesandtschaften. Die russische Gesandtschaft gehörte zu den prächtigsten Bauwerken der Stadt.

In der Gründerzeit nach 1871 wandelte sich die Zeil erneut, diesmal zur Geschäftsstraße. Große gründerzeitliche Geschäftshäuser ersetzen die barocken und klassizistischen Stadtpaläste. Zu den prächtigsten Bauwerken zählte der 1895 fertig gestellte riesige Bau der Frankfurter Hauptpost.

In der Kaiserzeit entstanden auch die stattlichen Warenhäuser: 1898 das Kaufhaus »Hoff«, 1906 »M. Schneider« oder das Kaufhaus Wronker (1908/09), mit einer 80 Meter breiten, expressionistischen Straßenfront, das größte Warenhaus der Stadt. Nach dem Ersten Weltkrieg folgten 1928 die Warenhäuser Tietz und Pletzsch, 1929 Brenninkmeyer, 1936 Peek & Cloppenburg und Ott & Heinemann.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Straße acht Meter breiter als zuvor wieder aufgebaut, ohne dass dafür ein Gebäude abgerissen werden musste – keines der Gebäude an

der Zeil hatte die Bombenangriffe insbesondere des 22. März 1944 überstanden. Schon 1945 eröffnete »Kaufhof« in einer Kaufhausruine. Der Wiederaufbau verlief pragmatisch und in schlichter Architektur.

Das Herzstück der heutigen Zeil, die berühmte »Einkaufsmeile«, ist der Abschnitt zwischen der historischen Hauptwache und der ebenso historischen, aber als Bauwerk nicht mehr vorhandenen Konstablerwache, an der einst die städtischen Artilleristen stationiert waren. Die Straßenbahn verkehrte noch bis 1978, durch niedrige Zäune von den Fußgängern abgetrennt, in der Straßenmitte. Im Anschluss an die Stilllegung der Straßenbahn wurde die Zeil umgestaltet, wobei sie weitgehend ihr heutiges Erscheinungsbild erhielt.

2006 ist die Zeil eine der meistbesuchten und zugleich die umsatzstärkste Einkaufsstraße Deutschlands. Nach einer Studie des Maklerunternehmens Kemper's rangiert die Zeil mit rund 16.900 Passanten pro Stunde auf Platz zwei der deutschlandweit 155 wichtigsten Einkaufsstraßen, lediglich überholt von der Hohen Straße in Köln, wo samstags in der Stunde 17.150 Menschen bummeln. Auf Platz drei folgt der Zeil die Stuttgarter Königstraße.

Am 28. September 2005 fand der erste Spatenstich für ein neues Einkaufszentrum am westlichen Teil der Zeil statt. Es soll neben der Zeilgalerie anstelle des ehemaligen Telekom-Areals entstehen. Es ist Teil des Projektes FrankfurtHochVier, zu dem noch der Neubau zweier Hochhäuser und der Wiederaufbau des historischen Palais Thurn und Taxis gehören. Die Eröffnung ist voraussichtlich im September 2008. (jr)

Weitere Infos:

- ▶▶ www.zeil-online.de
- ▶▶ www.frankfurthochvier.de



Bild: dpa

Das Wirtschaftswunder nimmt Anlauf: Viele Käufer drängen sich am 19. Dezember 1954 auf der Zeile, um die letzten Einkäufe für Weihnachten zu erledigen.

Schon damals gab es Bäume auf der Zeil: Die alte Hauptpost Frankfurt am Main mit Oberpostdirektion (erbaut 1891–95)



Bildpostkarte in Farbdruck nach kolorierter Fotografie



Aus der Partei

60 Jahre CDU Zeilsheim und Sindlingen

Die CDU-Stadtbezirksverbände Zeilsheim und Sindlingen haben am 20. September 2006 ihr 60-jähriges Jubiläum gefeiert. Zu der Festveranstaltung im katholischen Gemeindezentrum in Zeilsheim kamen rund 150 Mitglieder und Freunde. In ihren Reden würdigte der Vorsitzende der CDU Zeilsheim, Landtagsabgeordneter

Alfons Gerling, und der Vorsitzende der CDU Sindlingen, Albrecht Fribolin, die Gründer der beiden Stadtbezirksverbände als Demokraten der ersten Stunde. »Ohne solche Menschen, die bereit waren, sich von der ersten Stunde an in den Dienst der Demokratie zu stellen, wäre der freiheitliche Aufbau der Bundesrepublik und unser heutiges Leben in Frieden und Wohlstand sicherlich nicht so schnell und reibungslos gelungen«, sagte Gerling. »Die Gründer haben das Fundament gelegt, auf dem wir heute unsere Arbeit fortführen können«, betonte Fribolin. Der Kreisvorsitzende Udo Corts würdigte in seiner Festansprache das Engagement der beiden Verbände und sprach insbesondere den Gründungsmitgliedern seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Er erinnerte an die Nachkriegszeit in Zeilsheim und Sindlingen. Das poli-



Bild: Bauschmann

Alfons Gerling MdL, Vorsitzender der CDU Zeilsheim, Staatsminister Udo Corts, die neu ernannten Ehrenmitglieder der CDU Zeilsheim, Christel Fleck und Manfred Ullrich, Albrecht Fribolin, Vorsitzender der CDU-Sindlingen (v.l.).

tische Engagement sei durch die Jahre hindurch nicht immer einfach gewesen und habe oft Mut erfordert. Es freue ihn daher, dass sich immer wieder Menschen bereit finden, sich politisch zu betätigen und für das Gemeinwesen einzusetzen. Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann beglückwünschte in seinem Grußwort die Jubilare und dankte ihnen für ihre Treue zur CDU. Stadtrat a. D. Günter Weißenseel ließ abschließend aus eigener Anschauung die Geschichte der CDU in den westlichen Frankfurter Stadtteilen Revue passieren. (tf)

Ehrenmitgliedschaften

CDU Zeilsheim:

Christel Fleck, Manfred Ullrich

CDU Sindlingen:

Margarete Karell,
Willy Rabenecker

Jubiläen

50 Jahre Mitgliedschaft:

Albert Ostmann

45 Jahre:

Walter Richter

30 Jahre:

Margot Posch
Heinz Kauffer
Michael Hetterich
Josef Kuhn

15 Jahre:

Markus Heuser
Gabriele Roth

10 Jahre:

Elisabeth Wachendörfer

Gratulation zum 100. Geburtstag

Die Frankfurter CDU und die Sossenheimer CDU gratulieren ihrem Mitglied Albert Hardt zum 100. Geburtstag von ganzem Herzen. Es gibt nur zwei Hundertjährige in der Frankfurter CDU und Albert Hardt ist einer von beiden – wenn auch der jüngere. Der Ehrenvorsitzende der Sossenheimer CDU Günter Weißenseel, der Vorsitzende Uwe Serke und die Schriftführerin Eva Scholz überbrachten die Glückwünsche des gesamten Sossenheimer Stadtbezirksverbandes. (gw)



Bild: Weißenseel

Vorsitzender Uwe Serke, Schriftführerin Eva Scholz, Albert Hardt und Ehrenvorsitzender Günter Weißenseel (v.l.).



Bei einer Parteiveranstaltung: Dr. Walter Wallmann (Mitte) mit Oberbürgermeisterin Petra Roth und Alfons Gerling Mdl.

Dr. Walter Wallmann erhält Ignatz-Bubis-Preis 2007

Der Ehrenvorsitzende der Frankfurter CDU und frühere Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, Dr. Walter Wallmann, erhält den Ignatz-Bubis-Preis 2007. Der Preis, der alle drei Jahre vergeben wird, wurde nach dem Tod des Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland und langjährigen Vorsitzenden der Frankfurter Jüdischen Gemeinde von der Stadt Frankfurt gestiftet. Wallmann ist der dritte Preisträger nach Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und Franz Kamphaus, Bischof von Limburg. Das die Preisträger auswählende Kuratorium entschied sich für Wallmann, da dieser mit seinem politischen Engagement und in seinem privaten Lebensumfeld in hervorragender Weise für die Werte der Toleranz und Verständigung eingetreten sei. Mit seinem Leben stehe Wallmann für ein tolerantes Frankfurt, das für Menschen aus allen Ländern Heimat wurde. Die Preisverleihung ist für den 21. Januar 2007 um 11.00 Uhr in der Paulskirche vorgesehen. (tf)

85 Jahre und kein bisschen alt

Frankfurter CDU gratuliert Ernst Gerhardt zum Geburtstag

Der Kreisvorsitzende der Frankfurter CDU, Staatsminister Udo Corts, gratulierte dem Ehrenvorsitzenden Dr. Ernst Gerhardt zum 85. Geburtstag. Corts würdigte sein langjähriges Engagement. Gerhardt sei eine »kontinuierliche Kraft« der Frankfurter CDU gewesen. Bis zum heutigen Tage habe er sich »in die Politik der Stadt und die Geschichte der Partei eingeschrieben«. Gerhardt verbinde »die Festigkeit in den Grundwerten der Christlich Demokratischen Union mit dem Gespür für das realpolitisch Mögliche und Notwendige«. Er habe die Entwicklung der Stadt Frankfurt am Main maßgeblich beeinflusst. »Gerhardt hat den Wandel der Stadt miterlebt und mitgestaltet. Für ihn zählte dabei das Ergebnis für Frankfurt und für die Menschen. Mit seinen 85 Jahren ist er kein bisschen alt«. Von Ermüdungserscheinungen nach all den Jahren, die zum Teil politisch schwierig und strapaziös waren, kann auch heute noch keine Rede sein«, sagte der Kreisvorsitzende Corts. (tf)



Der Ehrenvorsitzende Dr. Ernst Gerhardt ist dynamisch wie immer für seine Partei unterwegs.

Zur Person

Der Katholik Ernst Gerhardt ist 1953 in die Christlich Demokratische Union eingetreten. 1956 wurde er in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gewählt. Von 1960 bis 1989 war er ununterbrochen hauptamtliches Mitglied des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main. Von 1961 bis 1972 war er Kreisvorsitzender der Frankfurter CDU.

Termine

08. November 2006 19.00 Uhr

Kreisparteitag der Frankfurter CDU
Mit Nominierung der Oberbürgermeisterkandidatin
⇒ SAALBAU Bornheim, Arnsburgerstraße 24

10. November 2006 18.00 Uhr

Christliche Werte – Bremsen oder Motor?
Diskussion mit Christian Meißner, Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK).
⇒ Spenerhaus, Dominikanergasse 5
Eine Veranstaltung des EAK Frankfurt.

10. November 2006 19.30 Uhr

Das Grundsatzprogramm der CDU
Veranstaltung mit Michael Boddenberg Mdl., Generalsekretär der CDU Hessen.
⇒ Frankfurter PresseClub, Saalgasse 30
Eine Veranstaltung der CDU Innenstadt.

28. November 2006 18.00 Uhr

Warum Jungen aufhören zu lesen – Wege aus der Leseträgheit
Veranstaltung mit Katrin Müller-Walde, Journalistin.
⇒ SAALBAU Titus-Forum, Walter-Möller-Platz 2
Eine Veranstaltung des CDU-Arbeitskreises Schule.

20. November 2006 19.30 Uhr

1. Stadtkonferenz zur Kommunalpolitik
Informationsveranstaltung zur Kommunalpolitik mit Oberbürgermeisterin Petra Roth und den Dezernenten.
⇒ SAALBAU Griesheim, Schwarzerlenweg 57
Eine Veranstaltung der CDU Frankfurt.

30. November 2006 19.30 Uhr

2. Stadtkonferenz zur Kommunalpolitik
Informationsveranstaltung zum Stand der Kommunalpolitik mit Frau Oberbürgermeisterin Petra Roth und den Dezernenten.
⇒ SAALBAU Titus-Forum, Walter-Möller-Platz 2
Eine Veranstaltung der CDU Frankfurt.



Zwei große Fans der Frankfurter Eintracht. Rechts im Bild: Europaabgeordneter Thomas Mann mit der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth und einem weiteren Frankfurter Fan.

Es ging auch um die Vermarktung von Fußballrechten im Fernsehen und die Voraussetzungen für faireren Wettbewerb. Ein EU-Beschluss würde sich auf die Erste und Zweite Bundesliga auswirken. Ich bin dafür, dass die Solidargemeinschaft nicht durch Alleingänge großer Vereine bei der TV-Vermarktung gefährdet werden darf.

Gemeinsam mit dem Europäischen Fußballverband UEFA starteten Europaabgeordnete wie ich eine Initiative gegen Rassismus in den Stadien, die bereits große öffentliche Resonanz fand. Ich setze mich dafür ein, dass sich auch Hessens regionale Fußballvereine an den Aktionen beteiligen.

In Sachen Spielernachwuchs stellte die UEFA uns Mitgliedern der MdEP-Gruppe »Friends of Football« eine neue Quotenregel vor. Europaweit soll sie ab 2007 gelten: Jede

Deutscher Fußball ist ein europäisches Anliegen

Von Thomas Mann,
Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Fußball-Weltmeisterschaft ist zu Ende; die Bundesliga hat uns wieder. Die tolle Stimmung der WM, die bei uns in Frankfurt ihre Sternstunden hatte, übertrug sich zum Glück auf den alltäglichen Fußball. Für die Eintracht läuft es mittlerweile besser. Die Saison ist allerdings jung und mit langem Atem werden wir andere Mannschaften sicher noch aus der Puste bringen! Fußball ist nicht nur ein nationales Anliegen, sondern seit langem ein europäisches. In einer Anhörung im Europäischen Parlament (EP) diskutierten über 300 Vertreter von Amateur- und Profivereinen, Ex-Fußballstars wie Karl-Heinz Rummenigge sowie politisch Verantwortliche die gesellschaftliche Rolle des Fußballs. Sie schilderten von Projekten, welche die sozialen, kulturellen und sprachlichen Barrieren überwinden halfen. Ein Beispiel für viele: Der Proficlub Celtic Glasgow erläuterte, wie es gelang, Jugendliche durch Fußball vom Einstieg in die Drogen- und Kriminalitätsszene abzuhalten.



Sport soll verbinden: Gemeinsam statt gegeneinander.



Erika Steinbach MdB, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen und Vorsitzende der Stiftung »Zentrum gegen

Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts

Von Erika Steinbach MdB

Im Berliner Kronprinzenpalais läuft noch bis zum 29. Oktober 2006 die Ausstellung »Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts«.

In einem komprimierten Überblick hat die Stiftung »Zentrum gegen Vertreibungen« (ZgV) damit einen weiteren Meilenstein auf dem Wege zu einer nationalen Dokumentationsstätte für die Opfer von Flucht und Vertreibung gesetzt. Zu einem Ort der Mahnung für die Zukunft.

Das ZgV ist ein Kind des Bundes der Vertriebenen. Am 6. September 2000 wurde die Stiftung gegründet. Mit der Gründung und der Kontroverse darüber belebte sich die Vertreibungsdiskussion europaweit. Ein Thema von vermeintlich gestern wurde landauf, landab zum Thema von heute und morgen.

Die Ausstellung widmet sich der Aufgabe, den Blick auf die vielfältigen Vertreibungen in Europa und seinen Grenzgebieten im 20. Jahrhun-

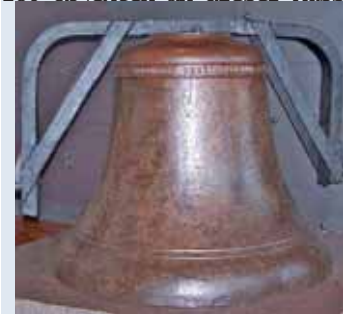
dert zu öffnen. Sie ist keine Ausstellung, die Totalitarismus, Nationalsozialismus und Kommunismus zum Kernthema hat, da Vertreibungen nicht nur in solchen Systemen oder als Folge solcher Systeme erfolgten, sondern durchaus auch in vermeintlich zivilisierten Herrschaftsformen oder gar durch den Völkerbund. Der jeweilige Kontext ist wesentlich.

Als Hauptursache für Vertreibungen ethnischer Gruppen und Minderheiten steht vor allem die Idee des ethnisch homogenen Nationalstaates. Menschen wurden auf den Weg gezwungen oder vernichtet, weil sich Staaten davon friedensfördernde Wirkung versprachen oder weil diese Gruppen gewaltsamen Hegemonialansprüchen im Wege standen. Völkerrechtswidrig waren die Vertreibungen immer, selbst da, wo sie angeblich international legitimiert waren.

Die Ausstellung »Erzwungene Wege« durchmisst zeitlich in Fall-

beispielen das 20. Jahrhundert. Darin wird ein Überblick auf unterschiedliche Erscheinungsformen von Vertreibung gegeben, die alle eines gemeinsam haben: Man will sich missliebiger Bevölkerungsteile entledigen. Es werden auch historische Vorgänge dargestellt, die kaum bekannt sind. Nicht wenige Nationen stellten im Kontext der Vertreibungen sowohl Opfer als auch Täter, zeitlich versetzt oder sogar gleichzeitig. Mehr als 30 Völker Europas haben in diesem Zeitraum als Ganzes oder in Teilen ihre Heimat verloren. Alle Opfer von Genozid und Vertreibung brauchen einen Platz im historischen Gedächtnis Europas. Von Anbeginn gehörte der europäische Blick zu den Anliegen der Stiftung.

Insgesamt ist diese Ausstellung singulär. Nichts Vergleichbares hat es bislang gegeben. Weder in Deutschland noch irgendwo anders in Europa. Insgesamt haben sich 80 Leihgeber aus 14 Nationen mit über 280 Objekten an dieser Ausstellung



Bilder: BMD

Ausstellungsstück: Die Versenkung der »Wilhelm-Gustloff« am 30. Januar 1945 mit etwa 9.300 Todesopfern ist die größte Schiffs-katastrophe der Geschichte. An Bord befanden sich ca. 10.500 Menschen, davon 8.800 Zivilisten, in der Mehrzahl vor der Roten Armee flüchtende Frauen und Kinder, aber auch verwundete Wehrmachtangehörige. Gegen 21 Uhr wurde das Schiff von drei sowjetischen Torpedos getroffen. Es sank bei Lufttemperaturen von minus 18 Grad innerhalb von 60 Minuten. Die Glocke wurde am 8. August 1979 von der

Ulrich Caspar MdL

Hessisches Ladenöffnungs-gesetz ist auf dem Weg!

Die CDU Hessen will das neue Gesetz rechtzeitig zum Weihnachtsgeschäft verabschieden.

Der stellvertretende Vorsitzende des Sozialpolitischen Arbeitskreises der CDU-Landtagsfraktion, Ulrich Caspar, erklärte, dass mit der aktuellen Einbringung des CDU-Gesetzesentwurfs zu den Ladenöffnungszeiten nach langen intensiven Debatten der richtige Weg in Sachen Ladenöffnung eingeschlagen werde. Den Läden und Geschäften würde es in Zukunft frei stehen, wann und wie sie an Werktagen öffneten. Jeder Unternehmer könne somit frei entscheiden, welche Öffnungszeiten für ihn betriebswirtschaftlich gesehen die besten seien. Mit dem Inkrafttreten der Föderalismusreform am 1. September 2006 und der damit erfolgten Übertragung der Zu-



Sechs Frankfurter Politiker, die sich für den Mittelstand einsetzen: Staatsminister Udo Corts MdL, Michael Boddenberg MdL, Generalsekretär der CDU Hessen, Alfons Gerling MdL, Stadtrat Boris Rhein, Ulrich Caspar MdL und Gudrun Osterburg MdL (v.l.).

ständigkeit für den Ladenschluss auf die Länder habe die CDU Hessen reagiert, um den Geschäftsinhabern die maximale Flexibilität an Werktagen noch rechtzeitig zum Weihnachtsgeschäft zu ermöglichen. Obwohl die CDU-Landtagsfraktion für eine grundsätzliche Freigabe der Öffnungszeiten an Werktagen stünde, würde sie jedoch für einen klaren Schutz der Sonn- und Feiertage eintreten. Die CDU sehe vier Öffnungssonntage als Ausnahmeregelung wie bisher vor, wobei die Adventssonntage hierbei außen vor seien und somit in der Tat einem besonderen Schutz unterliegen würden. Auf diese Weise ließen sich sowohl die Interessen von Händlern und Kunden und das Bedürfnis von Menschen nach Ruhepausen vom Arbeitsalltag bestens vereinbaren. Caspar empfahl allen Geschäftsinhabern, rechtzeitig mit deren Belegschaft Betriebsvereinbarungen zu treffen, damit die vom Land gesetzten Rahmenbedingungen tatsächlich in vollem Umfang genutzt werden könnten. (tf)

Stabwechsel im Landtag

Hans-Dieter Schnell rückt für Boris Rhein nach

Der Stabwechsel zwischen den beiden Frankfurter Politikern im Wiesbadener Landtag war erfolgreich: Seit Anfang Juli 2006 ist der 34-jährige Jurist Boris Rhein Stadtrat für Recht, Sicherheit, Brandschutz und Personal in Frankfurt am Main und schon im unmittelbaren Anschluss an diesen Wechsel nahm dessen Nachfolger Hans-Dieter Schnell seine Arbeit als Abgeordneter im Landtag auf. Für den 67-jährigen Frankfurter Bankkaufmann Schnell war dabei der Wechsel von der Kommunalpolitik zur Landespolitik noch einmal eine große und überaus erfreuliche Herausforderung. Boris Rhein war seit 1999 Mitglied des Hes-

sischen Landtags. Der Jurist Rhein hatte sich insbesondere durch seine Fachkenntnis und sein dynamisches Auftreten einen hervorragenden Ruf erarbeitet. Zuletzt hatte er als rechtspolitischer Sprecher die Fraktion in den Ausschüssen des Landtages vertreten. Axel Wintermeyer, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, freute sich über den Zulauf des neuen Frankfurter Abgeordneten Schnell. So bringe Schnell eine langjährige politische wie auch berufliche Erfahrung als Bank- und Versicherungskaufmann in die neuen Aufgaben mit ein, von der die Fraktion mit Sicherheit profitiere. (ds)



Zwei Frankfurter in Wiesbaden: Stadtrat Boris Rhein begrüßt seinen Nachfolger Hans-Dieter Schnell.

CDU Fechenheim

»Stadtreise« mit dem Ebbelwei-Express

Getreu der alten Weisheit, geteilte Freude ist doppelte Freude, wollte die CDU Fechenheim den großen Erfolg bei der Kommunalwahl mit Freunden und Förderern teilen. Besonderer Anlass zur Freude war die Tatsache, dass es gelang, gleich fünf CDU-Kandidaten in den Ortsbeirat 11 zu entsenden. Gleichzeitig legte der Vorsitzende, Dieter Kunzler, besonderen Wert darauf, den Termin der Feier nicht unmittelbar auf die Wahl folgend, sondern in die Ferienzeit zu legen, um auch den Daheimgebliebenen etwas Abwechslung vom Alltag bieten zu können. Die etwa einstündige Stadtrundfahrt begann in der Hugo-Junkers-Straße und führte zunächst über die Hanauer Landstraße. Am Ziel Frankfurt-Louisa angekommen, konnte sich die aus gut 70 Teilnehmern bestehende »Reisegruppe« ausgiebig stärken. Die anschließende Heimfahrt erfolgte quer durch Sachsenhausen zurück nach Fechenheim. Am Ende brachte Kunzler zum Ausdruck, nur gut gelaunte Gesichter gesehen zu haben und besonders stolz auf sein Vorstandsmitglied Matthias Hoppe zu sein. Dieser habe in seiner Eigenschaft als Verkehrsmeister bei der VGF den bis zum letzten Platz gefüllten Ebbelwei-Express höchstpersönlich geführt und seine Fahrgäste wieder sicher nach Hause gebracht. (dk)



Der Vorsitzende der CDU Fechenheim, Dieter Kunzler (3.v.r.), mit Mitgliedern seines Vorstandes vor dem Ebbelwei-Express.

CDU Rödelheim/Hausen

»Festmeister« auf dem Rödelheimer Straßenfest

Dass die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 einige besondere Erlebnisse bereitet, ist hinlänglich bekannt. Die Frankfurter Tageszeitungen berichteten ausführlich über die überaus populäre Fanmeile nördlich und südlich des Mains. Fest steht allerdings auch: Selbst noch in den Frankfurter Stadtteilen und auf dem diesjährigen Rödelheimer Straßenfest konnte man die positive Stimmung der Fußball-Weltmeisterschaft und ihre einmalige Atmosphäre hautnah erleben. So war der Besucherandrang am Stand der CDU Rödelheim/Hausen dieses Jahr besonders groß, befand sich doch im direkten Hintergrund des Standes der Fernseher eines Elektrofachgeschäftes; auf diesem waren die neusten Bil-

der der WM live zu sehen. Doch auch sonst hatte der Stand auf dem Straßenfest viel zu bieten. Im Hinblick auf die zahlreich erschienenen prominenten Vertreter der CDU hätte man die CDU Rödelheim/Hausen sogar zum »Festmeister« küren können. Neben Stadtrat Peter Mensinger waren der Landtagsabgeordnete Ulrich Caspar sowie der Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Heinz Riesenhuber gekommen, um bei einem Rundgang die vielen anwesenden Vereine zu besuchen. Hierbei wurden sie von den zahlreichen Vereinsmitgliedern sehr herzlich empfangen und konnten auch deren Wünsche und Anregungen entgegen nehmen. (az)



Sichtbar gut gelaunt: In der Bildmitte Ulrich Caspar MdL, Christian Wernet, Vorsitzender der CDU Praunheim und Alexander Zollmann, Vorsitzender der CDU Rödelheim/Hausen.

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble und Staatsminister Volker Bouffier: Gelungene Integration ist wesentlich für die Innere Sicherheit in Deutschland.



CDU Bockenheim

Integration ist mehr als nur eine Unterschrift

Rund 70 Teilnehmer kamen zu einer Veranstaltung der Stadtbezirksverbände Bockenheim, Dornbusch, Sachsenhausen und Westend mit dem Hessischen Innenminister Volker Bouffier am 12. September 2006 im Alten Literaturhaus.

Bouffier betonte in seinem Vortrag zur aktuellen Situation der Integration, dass die im Einwanderungsgesetz verlangte »innere Hinwendung« zur Bundesrepublik Deutschland über die bisherige, nicht ausreichende schriftliche Erklärung des Antragstellers hinausgehen müsse. Integration sei mehr als eine bloße Unterschrift. Der Innenminister erwartet von jedem Einbürgerungswilligen ein »staatsbürgerliches Rucksack-

wissen«, zu dem Kenntnisse über die Geschichte Deutschlands und die Bedeutung der Europäischen Union gehörten, aber auch das Bewusstsein, wie man sich in einem demokratischen Rechtsstaat gegen vermeintlich erlittenes Unrecht zur Wehr setzen könne. Außerdem sollten Fragen zur Rolle von Mann und Frau in der Gesellschaft, zum Gewaltmonopol des Staates oder zum deutschen Wahlrecht gestellt

werden. Diesem Ziel diene der von seinem Ministerium entwickelte Fragenkatalog »Werte und Wissen«. Bouffier hielte es für sinnvoll, eine Einbürgerung künftig mit einer Vereidigung aufs Grundgesetz zu verbinden. Es gehe zwar prinzipiell darum, dass die nach Deutschland kommenden Ausländer sich in die deutsche Gesellschaft integrierten. Das heiße aber auch, Andersgläubigen das grundgesetzlich garantierte Recht auf freie Religionsausübung zuzugestehen. Dazu gehöre ebenfalls die Bereitstellung von Kirchenraum. Es sei ein Fehler, wenn Kommunen versuchten, diese Gruppen ins Abseits zu drängen und z. B. moslemische Gotteshäuser nur in der Industriebrache zuzulassen. Ein solches Vorgehen stärke nur die Radikalen, die sich das Recht auf Errichtung dann Jahre später doch vor den Gerichten erstritten. (jb)

CDU Frankfurt-Sachsenhausen

Petra Roth – Über den Dächern Sachsenhausens

Oberbürgermeisterin Petra Roth war der Star des diesjährigen Sunset-Talks der CDU Frankfurt-Sachsenhausen auf dem Dach des Parkhauses »Alt-Sachsenhausen«.

Obwohl der kälteste Augustabend in diesem Jahr, wollten rund 100 Bürgerinnen und Bürger Petra Roth hautnah erleben, mit ihr sprechen und diskutieren.

Bunt gemischt war das Publikum, nicht nur Frankfurter, sondern auch Personen aus Schwarzafrika, dem Kaukasus und eine Abordnung der Taquwa-Moschee waren gekommen. Umrahmt war dieser Abend nicht nur vom Blick auf die Skyline, sondern auch von dem Imbiss, den Hermann Pommer, Chef des Opernplatzfestes, wieder zubereitet hatte: herrliche Steinpilze, Pfifferlinge und Kaiserlinge. Kurzum: ein politisch und gastronomisch hervorragender Abend. Petra Roth war an diesem Abend ständig umringt, die Anwesenden nutzten die Gelegenheit, ihre großen und kleinen Anliegen an die erste Bürgerin heranzutragen. Petra Roth genoss offensichtlich, mitten unter den Bürgern zu sein und zwanglos anregende und informative Gespräche zu führen. (jh)



Der »Sunset-Talk« auf dem Dach des Sachsenhäuser Parkhauses ist immer ein gesellschaftliches Ereignis. Im Bild v.l.: Stadtrat Peter Mensinger, Jochem Heumann und Oberbürgermeisterin Petra Roth.

CDU Zeilsheim

Traditionelle Ortsbegehung mit Stadtrat Uwe Becker

Unter dem Motto »Zeilsheimer Probleme erkennen und Verbesserungen anstreben« hat die CDU Zeilsheim mit ihrem Vorsitzenden Alfons Gerling ihre diesjährige Ortsbegehung durchgeführt, an der Stadtrat Uwe Becker, Dezernent für Soziales, Jugend und Sport, teilnahm. Erste Station war die Sportanlage »Lenzenbergstraße«, wo man sich insbesondere über die Fertigstellung der Sportanlage informieren wollte. Stadtrat Becker informierte darüber, dass mit der Fertigstellung im Oktober

2006 zu rechnen sei. Alfons Gerling bezeichnete dies als eine notwendige Investition und deutliche Aufwertung der Sportanlage, so dass der SV Zeilsheim seine Sportangebote weiter ausbauen könne. Über die weiteren Stationen Altenwohnanlage Bielefelder Straße, die Jugendräume in der Alten Post und das Evangelische Gemeindehaus gelangten die Teilnehmer der Ortsbegehung zur letzten Station, dem Schützenhaus des Zeilsheimer Schützenvereins 1960 e. V. (vw)



Gemeinsam für Zeilsheims Zukunft: Im Bild v.l.: Alfons Gerling MdL, Markus Frank, Vorsitzender der CDU-Fraktion Frankfurt am Main, und Stadtrat Uwe Becker.

CDU Frankfurt-Sachsenhausen

Planung des AIRRAIL-Centers

Frankfurts Airport City nimmt immer weiter Gestalt an. Und dies unter den fachkundigen und interessierten Augen der CDU Frankfurt-Sachsenhausen. Jochem Heumann, Vorsitzender der CDU Frankfurt-Sachsenhausen, und seine »Sachsenhäuser« begleiten ebenso wie der Vorsitzende der CDU-Fraktion Frankfurt am Main, Markus Frank, schon seit langer Zeit sämtliche Großprojekte des Frankfurter Flughafens, der mit seinen etwa 68.000 Beschäftigten die lokal größte Arbeitsstätte in Deutschland ist. Konnten die »Sachsenhäuser« schon vor einigen Monaten die Planung der »Gateway Gardens« begutachten, die direkt am Frankfurter Kreuz gelegen sind und mit ca. 350.000 m² Bruttobauland einen neuen Stadtteil darstellen. So ließ sich die CDU

Frankfurt-Sachsenhausen diesmal von Jens Dörrie, Geschäftsführer der Frankfurter AIRRAIL KG, über die bereits abgeschlossenen Planungen zum AIRRAIL Center auf dem ICE-Bahnhof am Flughafen informieren. Und nicht wenige staunten über die Ausmaße des zweiten Kernstücks der neuen Airport City Frankfurt: Mit einer Bruttogeschossfläche von 200.000 m², die sich auf das 660 m lange, 65 m breite und 47 m hohe Gebäude verteilen, und mit einem Bauvolumen von 600 Millionen Euro (Gateway Gardens: über 1 Milliarde Euro) wird das AIRRAIL Center eines der größten Einzelbaustellen Deutschlands sein. In ihm sollen u. a. zwei Hotels und



Jens Dörrie, Geschäftsführer AIRRAIL KG, Jochem Heumann, Claudia Schüssele, Marketing AIRRAIL KG, und Markus Frank (v.l.).

ein chinesisches Handelszentrum Heimat finden. Heumann und Frank zeigten sich über die Planungen sichtlich erfreut und machten deutlich, dass die Frankfurter CDU stets ein offenes Ohr für zukünftige Investoren hat, die den Wirtschaftsstandort Frankfurt stärken wollen. (wr)

CDU Kalbach/Riedberg

Besuch des Alten Flugplatz Niddawiesen

Auf der Grenze zwischen den Ortsbezirken 10 und 12 liegt der Alte Flugplatz Niddawiesen bei Kalbach/Bonames. Das ehemalige Maurice-Rose-Airfield hat sich seit dem Abzug der amerikanischen Streitkräfte von einem kargen Hub-schrauberlandeplatz zu einem attraktiven Naherholungs-gebiet gewandelt. Durch die Renaturierung hat das Areal ebenso eine Aufwertung erfahren wie durch die Ansiedlung des von den Servicebetrieben der Werkstatt Frankfurt e. V. betriebenen Tower-Cafés. Um sich über die Veränderungen der vergangenen Jahre zu informieren und die Zukunftspläne für das in den Grüngürtel eingebettete Gelände vorstellen zu lassen, hatte die CDU Kalbach/Riedberg zu einem Informationsrundgang über den Alten Flugplatz eingeladen. Rund 30 Interessierte waren der Einladung gefolgt und nutzten die Gelegenheit, sich von Frau Wentzell vom Umweltamt und Herrn Hellmeier von den Servicebetrieben der Werkstatt Frankfurt e. V. das Gestaltungs- und Nutzungskonzept für das Gebiet entlang der Nidda erklä-



Bild: Schneider

Ein sichtbares Zeichen der erfolgreichen Arbeit der CDU-Ortsbeiräte: Das Tower-Café auf den Niddawiesen bei Bonames.

ren zu lassen. Dabei wurden die durchgeführten Maßnahmen und Veränderungen von den Teilnehmern durchweg positiv bewertet. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Ortsbeirat 12, Jan Schneider, stellte abschließend fest, dass die Entwicklung, die das Gelände in den vergangenen Jahren genommen habe, sehr erfreulich sei – und nicht zuletzt das Ergebnis guter CDU-Arbeit vor Ort. (js)

CDU Sossenheim

Ausflug nach Bad Wildungen

Er ist bekannt und überaus beliebt: Der jährliche Auswärtsausflug der CDU Sossenheim. In ihrem wie immer vollbesetzten Bus fuhren die gut 50 Freunde und Mitglieder zunächst nach Bad Wildungen, um nach einer Besichtigungstour durch die berühmte historische Altstadt die Landesgartenschau in Augenschein zu nehmen. Dort konnten sie sich vom gelungenen Aufbau der Schau persönlich überzeugen und waren voll des Lobes über deren bunte Vielfalt. So waren die »Sossenheimer« nicht nur von der gekonnt zur Schau gestellten

Junge und alte »Sossenheimer« auf der Landesgartenschau in Bad Wildungen. Ihr Expertenurteil war eindeutig: Die Blumenpracht und ihre Zurschaustellung sind einmalig.



Bild: Künzel

Blumenpracht beeindruckt, sondern auch von den detailliert aufgeführten historisch-botanischen Hintergrundinformationen. An einem schönen Spätsommertag ging es dann weiter zu einer Schifffahrt auf dem nahen Edersee. Dort konnten sich die Teilnehmer, zu denen auch der Ortsvorsteher des Ortsbeirates 6, Manfred Lipp, und der

Vorsitzende der CDU Gallus/Gutleut, Thomas Kirchner, zählten, bei Kaffee und Kuchen stärken. Noch auf der Rückfahrt waren sich der Sossenheimer CDU-Vorsitzende Uwe Serke und alle anderen »Sossenheimer« einig, einen gelungenen Tag mit zahlreichen schönen Eindrücken erlebt zu haben. (sk)

Arbeitskreis Wirtschaft

Die Währung sichern – Preisstabilität gewährleisten

Mit über 30 Teilnehmern besuchte der Arbeitskreis Wirtschaft die Zentrale der Deutschen Bundesbank. Nach einem herzlichen Empfang durch Dr. Heike Winter eröffnete ein Vortrag einen Einblick in die Arbeitsweise und Aufgaben der Bank. So wurde deutlich, dass die Bundesbank ein integraler Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken (EZB) ist und ihre Erfahrung und teilweise auch materiellen Ressourcen in das EZB-System mit einbringt. Darüber hinaus wurde klar, dass die Bundesbank als »Bank der Banken« eine zugleich unabhängige geld- und währungspolitische Institution der Bundesrepublik Deutschland ist.

Der zweite Abschnitt des Besuchs führte in die 13. Etage des Hauptgebäudes. Dort befindet sich ein repräsentativer Teil der umfangreichen Kunstsammlung der Bank. Dr. Iris Kramer führte durch die beeindruckenden Räumlichkeiten, in denen sich diese Kunstsammlung befindet, und interpretierte dabei auf höchst interessante Weise einzelne Werke z. B. von Karl Hofer, Ernst Wilhelm Nay und Emil Schumacher. Interessanterweise fiel dabei immer wieder ein und dasselbe Bild auf, das von allen stets mit einem gewissen Stolz begutachtet wurde: der imposante Blick von der Bundesbank auf die Frankfurter Skyline. (cs)



Die Besuchergruppe des AK Wirtschaft bei ihrer Führung durch die Kunstsammlung der Deutschen Bundesbank.

Bild: Schmidt

»Kultur bleibt auch nach der Party«

Wer bei strahlendem Sonnenschein im September zur sonntäglichen Matinée der CDU Frankfurt-Sachsenhausen und des Arbeitskreises Kultur und Wissenschaft ins Literaturhaus gekommen ist, hat es nicht bereut. In einem überzeugenden Plädoyer erklärte der neue Kulturdezernent, Prof. Dr. Felix Semmelroth, dass Kultur die Substanz einer Gesellschaft ausmache. Sie sei nicht nur ein Standortfaktor. Ohne sie werde vielmehr einer Gesellschaft der Boden entzogen. Der Stadtrat erläuterte, dass er auch kulturelle Aktivitäten fördern wolle, die weniger im Blickpunkt stünden. Daher habe er gerne die Anregung der Autorin Eva Demski aufgegriffen und sich für die Veranstaltung eines Festivals der Liebeslyrik im kommenden Jahr eingesetzt. Frankfurt sei die Stadt des Wortes. Kultur bleibe auch dann, wenn die Party längst vorbei sei. Diese Erfahrung der Kultur wolle er möglichst vielen in Stadt und Region vermitteln. Was gut sei für Frankfurt, sei nämlich auch gut für Hessen und die Region. (cd)



Frankfurts neuer Kulturdezernent: Prof. Dr. Felix Semmelroth

Bild: dpa

Arbeitskreis sucht (noch mehr) Freunde der Kultur und Wissenschaft

Die Frankfurter CDU wird in den kommenden Jahren die Zusammenarbeit der Museen ausbauen, Theater und freie Gruppen fördern und das kulturelle Engagement der Bürgerinnen und Bürger unterstützen. Die CDU lädt alle Freunde der Kultur und Wissenschaft dazu ein, sich im selbigen Arbeitskreis für diese Ziele zu engagieren.

Wenn Sie Interesse daran haben, mitzuwirken, wenden Sie sich bitte an den Leiter des Arbeitskreises, Dr. Christian Duve, Tel. (069) 273 08 152, Fax: (069) 23 226 64 E-mail: ► franziska.fink@freshfields.com (tf)

Ausbau der Universität

Besuch des Campus Westend

Als 150 Seniorinnen und Senioren der Frankfurter Senioren Union den Campus Westend der Frankfurter Universität besuchten, folgten sie einer Einladung, die sie von niemand geringerem als dem höchsten »Hausherren« erhielten: dem Frankfurter Kreisvorsitzenden Udo Corts, Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Nachdem Peter Rost, Mitglied des Präsidiums der Goethe-Universität, die Besucher im Foyer des Poelzig-Baus empfing, führte er sie in markante Räume des ehemaligen IG-Farben-Hauses, die einst Europazentrale der amerikanischen Streitkräfte war. Ein Höhepunkt war das »Eisenhower-Zimmer«, in dem nach dem Zweiten Weltkrieg mehrere westdeutsche Bundesländer gegründet wurden – so Hessen und Bayern. Anschließend empfing Staatsminister Udo Corts die Besucher im Casino des Campus Westend und erklärte ihnen das ehrgeizige Ziel der Landesregierung, die Frankfurter Universität zu einer Spitzenuniversität auszubauen. Präsidiumsmitglied Rost erläuterte dazu die Konzeption für die Entwicklung der Goethe-Universität an den Standorten Campus Westend, Riedberg und



Die Besuchergruppe der Senioren Union in der Bibliothek des Campus Westend.

Niederrad mit dem Universitätsklinikum. Christof Warnke, Vorsitzender der Frankfurter Senioren Union, hob zusätzlich hervor, dass eine zunehmende Identifikation der Frankfurter Bevölkerung mit ihrer Universität zu beobachten sei. Dies sei, so Warnke, zweifellos auf dem imponierenden Poelzig-Bau und den neuen Ausbauchancen des Campus Westend zurückzuführen. (cw)

Frankfurt am Main geht am besten »stiften«

Die Stadt ist nicht nur »Bankfurt«, sondern auch »Stiftungshauptstadt«

»460 ansässige Stiftungen übertreffen an Zahl die der Banken. Und mit ihrem Vermögen könnte Frankfurt seine Schulden auf einen Schlag begleichen – und es bliebe noch eine Menge übrig«, machte Stadträtin Erika Pfreundsuh, Vorsitzende der Initiative Frankfurter Stiftungen, im Rahmen eines Vortrages bei der Senioren Union Frankfurt deutlich. Pfreundsuh schätzte das Vermögen der hiesigen Stiftungen vorsichtig auf 5,5 Milliarden Euro. Jährlich würden die Frankfurter Stiftungen 130 Millionen Euro für gemeinnützige Zwecke ausschütten. Mit über 70 Stiftungen auf 100.000 Bewohner

weise Frankfurt die größte Stiftungsdichte in Deutschland auf. Die lange Tradition des Stiftungswesens in Frankfurt reiche von der Gegenwart bis ins 9. Jahrhundert zurück. Als Beispiele nannte sie die Stiftung zum Heiligen Geist, deren Ursprünge im 12. Jahrhundert lägen, und heute u. a. Trägerin des Heilig-Geist-Krankenhauses sowie der Nordwestklinik sei. Zu den größten Stiftungen in Deutschland gehöre die 2005 errichtete Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main, die mit 400 Millionen Euro aus dem Verkauf der Frankfurter Sparkasse 1822 ausgestattet wurde. Christof



Stadträtin Erika Pfreundsuh ist leitende Verwaltungsdirektorin des St. Katharinen- und Weißfrauenstifts.

Warnke, Vorsitzender der Senioren Union, wies ebenso auf die kirchlichen Stiftungen hin, die wie die meisten Stiftungen wenig im Blick der Öffentlichkeit stünden, aber z. B. auf den Gebieten von Caritas und Diakonie sowie in der Kirchenmusik viel Gutes bewirkten. (cw)

Junge Union Frankfurt engagiert bei Straßenfesten

Der Sommer 2006 war in Frankfurt der Sommer der Feste. Und nicht nur die Vielzahl der um die Fußball-Weltmeisterschaft stattfindenden Festivitäten und Veranstaltungen brachten wahre Massen auf die Beine und auf die Straßen. Auch die fast schon unzähligen Straßenfeste in den Stadtteilen sorgten für eine euphorische Stimmung. So war auch die JU wieder mit mehreren Ständen vertreten und hat damit auf erfrischende und lockere Weise nicht nur Werbung in eigener Sache bzw. für die Sache der CDU geworben, sondern ganz nebenbei auch noch Erlöse für einen guten Zweck erzielt. Beispielsweise

war die JU Nord mit ihrem aufwändigen Cocktailstand eine der Attraktionen beim Praunheimer Zehntscheunenfest. Mit Musik und guter Laune wurden besonders jüngere

Festbesucher angesprochen. Die JU Süd wiederum warb an ihrem traditionellen Bierwagen nicht nur wieder über 30 neue JU-Mitglieder, sondern auch für die »Stiftung Leberrecht« der Frankfurter Neuen Presse, an die auch sämtliche Erlöse geflossen sind. Nicht nur für die Sachsenhäuser Jugend ist der JU-Stand mittlerweile DIE feste Größe und DER Treffpunkt beim Schweizer Straßenfest. (wh)



Wer hart arbeitet, darf ruhig auch mal feiern: Die JU Frankfurt auf dem Schweizer Straßenfest.

Erster kreisweiter JU-Stammtisch

Der erste kreisweite Stammtisch der JU Frankfurt im Gemalten Haus fand am 05. September 2006 statt und stieß auf positive Resonanz. Nach Kommunalwahl, Fußball-WM und den Straßenfesten wurde diese erste Gelegenheit für ein gemütliches »come together« von vielen neuen Mitgliedern, Interessierten, aber auch von JU-Gästen aus vier Bundesländern dankbar angenommen. Mit über 45 JUlern war der Stammtisch sehr gut besetzt. Es wurde angeregt über aktuelle politische Themen diskutiert und es wurden Ideen für Veranstaltungen besprochen. Vier Gäste, die sich erstmal nur ein Bild von der JU Frankfurt machen wollten, waren so begeistert, dass sie sofort eintraten und sich zukünftig engagiert einbringen möchten. (uh)



Er wird sicher zu einer Institution der »jungen Politik« in der Rhein-Main-Metropole: Der kreisweite Stammtisch der JU Frankfurt.

Junge Union West

Treibende Kraft im Frankfurter Westen

Neuer Vorstand gewählt

Nachdem es einige Jahre still um die Junge Union Frankfurt West war, haben ihre Mitglieder auf der Jahreshauptversammlung am 13. Juli 2006 einen neuen Vorstand mit der Amtsführung betraut. Zum Vorsitzenden wurde Stefan Köhler gewählt. Der 28 Jahre alte Diplom-Jurist ist stellvertretender Vorsitzender der CDU Zeilsheim. Neuer Stellvertretender Vorsitzender ist der 28-jährige Diplom-Jurist Christian Zeller. Im Amt des Schatzmeisters wurde Fabio Roma bestätigt, neuer Schriftführer ist Marco Prehler und neuer Geschäftsführer Stefan Grönke. Als Beisitzer des JU-Vorstands wurden Melanie Blessing, Martin Endres, Daniel Dreßler sowie Matthias Thiel gewählt. (sk)

Hoch motiviert für neue Taten: Der neue Vorstand der Jungen Union Frankfurt West. In der Bildmitte: Stefan Köhler, neuer Vorsitzender der JU Frankfurt West.



V.l.: (stehend) Ulrich Caspar, Thomas Kirchner, Walter Fix, Bernhard Klinzing, Gisela Stamm, (sitzend) Hella Welker, Brigitte Babbe, Hilde Krause.



Evangelischer Arbeitskreis (EAK)

Brigitte Babbe zur Ehrenvorsitzenden gewählt

Hella Welker als Vorsitzende bestätigt

Seit seiner diesjährigen Hauptversammlung hat der Frankfurter Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU neben Arnulf Borsche auch eine Frau als Ehrenvorsitzende: Brigitte Babbe, von 1991 bis 1998 Vorsitzende des EAK und langjährige Synodale, wurde hierdurch für ihr jahrzehntelanges überdurchschnittliches Engagement gewürdigt. Nachdem Pfarrer Dr. Martin Zentgraf zu Beginn des Abends das

geistliche Wort gesprochen hatte, konnte die Vorsitzende Hella Welker Brigitte Babbe die von dem EAK-Bundesvorsitzenden Thomas Rachel unterzeichnete Urkunde überreichen. Hella Welker wurde erneut bei den Neuwahlen des Kreisvorstands zur Vorsitzenden gewählt. Zu ihren Stellvertretern wurden der Staatssekretär a. D. Arndt-Peter Koeppen, Stadtverordnete Hilde Krause und Dr. Klaus Maier, Richter

am Oberlandesgericht, bestimmt. Schriftführer wurde der Stadtverordnete Thomas Kirchner. Neben Gisela Stamm weist der Vorstand als Beisitzer drei neue Gesichter auf: Ulrich Caspar MdL, Schreinermeister Walter Fix und Bernhard Klinzing, der auch Vorsitzender der Regionalversammlung des Evangelischen Regionalverbandes ist. Auch diese Wahlen erfolgten ohne Gegenstimmen. (hw)

Frauen Union

Das neue Gleichbehandlungsgesetz

Die Frauen Union Frankfurt hatte zu einem hochaktuellen Thema eingeladen:

Was bedeutet das neue Gleichbehandlungsgesetz im Alltag? Bereits zu Beginn der Veranstaltung stellte die Kreisvorsitzende Prof. Dr. Daniela Birkenfeld klar, dass die Frauen Union der in der Öffentlichkeit durchaus verbreiteten Meinung entgegenrete, dass

von diesem umstrittenen Gesetzesvorhaben ausschließlich die Gleichstellung der Geschlechter erfasst sei. Vielmehr sei unser komplettes Alltagsleben erfasst. Der Referent Professor Dr. Thomas Pfeiffer (Universität Heidelberg), der als Sachverständiger an der Bundestagsanhörung zu dem vorangegangenen »Antidiskriminierungsgesetz« teilgenommen hatte, blickte in seinem Vortrag zunächst einmal auf die heftigen Auseinandersetzungen um das jetzt Gesetz gewordene Vorhaben zurück. Indem Pfeiffer hervorhob, dass Diskriminierung unmoralisch sei, ebenso jedoch die allgemeine Freiheit beseitigt würde, wenn der Staat die Moral in allen Einzelheiten diktiere, beschrieb er das Dilemma des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Leider habe die CDU nicht alle ihre Vorstellungen durchsetzen können. Nun komme es darauf an, die neuen Regeln so anzuwenden, dass alle wüssten, was sie dürften und was nicht. Letztendlich stellte Pfeiffer fest: »Schlimmeres konnte verhindert werden.« (db)



Gleichbehandlung im Alltag ist oftmals schwierig.

Lesben und Schwule in der Union (LSU)

Info-Stand auf dem CSD 2006

Wie schon in den Jahren zuvor war die LSU am 29. Juli auf dem Christopher Street Day (CSD) mit einem Informationsstand vertreten. Für einige wenige Besucher immer noch ungewohnt, ist die Gruppe, die die Interessen von homo- und bisexuellen CDU-Mitgliedern vertritt, seit langem ein fester Bestandteil des Straßenfestes. Die LSU hat sich zur Aufgabe gemacht, sowohl innerhalb der Partei ihre Positionen zu vertreten, als auch in der Öffentlichkeit für die Politik der CDU zu werben. Frankfurt genießt als tolerante Stadt unter den Lesben und Schwulen einen guten Ruf und verdankt dies nicht zuletzt der weit-sichtigen Politik der Frankfurter CDU, die in diesem Bereich viel zu oft pauschal falsch bewertet wird. (as)



Das Team der Frankfurter LSU mit eigenem Info-stand auf dem CSD 2006. Rechts im Bild: Wolff Holtz, Vorsitzender der JU Frankfurt.

Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA):

Gründung der Betriebsgruppe Banken und Versicherungen



Der Finanzplatz Frankfurt ist in Bewegung.

Bild: Wänka

Der Abbau von Arbeitsplätzen in Banken und Versicherungen am Standort Frankfurt macht es notwendig, auch in diesem Bereich der Arbeitswelt Betriebsgruppenarbeit zu initiieren, und zwar über die einzelnen Banken und Versicherungen hinaus. Die CDA Frankfurt will helfen, eine überbetriebliche Betriebsgruppe zu gründen und sucht Mitarbeiter, die sich an ihrem Arbeitsplatz in Banken und Versicherungen für Arbeitnehmerrechte einsetzen, um einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Interessenten melden sich beim CDA-Vorsitzenden Dr. Matthias Zimmer (Telefon (0170) 78 06 177, ► drmatthiaszimmer@yahoo.de) oder der Vorsitzenden der Betriebsgruppe Stadtverwaltung, Barbara Schneider-Siegler (Telefon (0171) 69 44 671). (mz)

Schüler Union:

Schüler machen Politik

Neuer Frankfurter Vorstand

Die politische Schülerorganisation »Schüler Union Frankfurt« hat sich wieder formiert und einen neuen Kreisvorstand gewählt. Bei ihrer Hauptversammlung, die im Juni 2006 unter der »Schirmherrschaft« des JU-Vorsitzenden Wolff Holtz stattfand, wählten die Mitglieder der Schüler Union aus dem Raum Frankfurt ihren neuen Vorstand. Zum neuen Vorsitzenden wurde Fridolin Pflugmann bestimmt. Martin

Vollbracht ist stellvertretender Vorsitzender. Dem neuen Kreisvorstand gehören Philipp Sipos als Finanzreferent, Jonathan Franke als Protokollant und Ann-Chatrine Grünfelder als Beisitzerin an. Hinsichtlich der politischen Ziele machte der neue Vorsitzende deutlich, dass der Steigerung des Bekanntheitsgrades der Frankfurter Schüler Union bei

Barbara Schneider-Siegler neue Vorsitzende

Betriebsgruppe Stadtverwaltung

In der Betriebsgruppe Stadtverwaltung sind alle CDU-Mitglieder organisiert, die in der Stadtverwaltung, den Eigenbetrieben oder den städtischen Gesellschaften arbeiten. Die Gruppe trifft sich zu einem Jour fixe an jedem ersten Donnerstag im Monat, wobei meist auch ein Gast aus der Politik eingeladen ist. Gäste der vergangenen Treffen waren unter anderem der damalige Fraktionsvorsitzende und heutige Stadtrat Uwe Becker, der Stadtverordnete Prinz zu Löwenstein und der CDU-Kreisgeschäftsführer Thomas Feda. Ziel der Treffen ist es, Verwaltung und Politik miteinander ins Gespräch zu bringen, aber auch untereinander Erfahrungen über die Arbeitswelt auszutauschen. Interessenten können sich zur Kontaktaufnahme gerne an die neue Vorsitzende Barbara Schneider-Siegler (Telefon (0171) 69 44 671) wenden. (mz)



Bild: Privat

Barbara Schneider-Siegler



Bild: Pflugmann

Links im Bild: JU-Vorsitzender Wolff Holtz, Zweiter von rechts: Fridolin Pflugmann, neuer Vorsitzender der Schüler Union Frankfurt am Main.

den Schülerinnen und Schülern in Frankfurt die oberste Priorität zufalle. Nur mit möglichst vielen neuen Mitgliedern könne man sich effektiv für die Rechte und Wünsche einsetzen und Politik mitgestalten. (tf)
Kontakt: ► feda@cduffm.de



Aus der Fraktion

Koalition des Realismus – Schwarz-Grün in Frankfurt am Main

Frankfurt braucht Vertrauen, Kontinuität und Verantwortung

Erklärung von Oberbürgermeisterin Petra Roth in der Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Juli 2006 (Auszüge).

Ein neuer Magistrat wird gewählt und seine Arbeit aufnehmen. Die Abstimmung heute ist das Ergebnis der Kommunalwahl vom 26. März. Wie es sich in einer Demokratie gehört, gab es danach Sondierungsgespräche zwischen den zur Zusammenarbeit fähigen Parteien.

CDU und Grüne haben nach intensiven und zielgerichtet geführten Verhandlungen eine Koalition des Realismus gebildet. Eine Koalition bedeutet immer für die Partner Kompromissfähigkeit. Was letztlich zählt, ist, Frankfurt gemeinsam in den nächsten Jahren voranzubringen: wirtschaftlich, kulturell, sozial – sich gemeinsam verantwortlich zu fühlen!

Wir wollen diese lebenswerte Stadt, diese wirtschaftlich starke Stadt, die sich durch kulturelle Vielfalt und soziales Verantwortungsgefühl auszeichnet, noch lebenswerter machen. Wir werden niemandem etwas vormachen. Wir verwischen nicht die Unterschiede zwischen den Parteien. Kompromisse nennen wir Kompromisse. Aber wir lassen auch keinen Zweifel an den gemeinsamen Zielen und Bemühungen. Dazu braucht Frankfurt in den kommenden Jahren in der Stadtverordnetenversammlung eine verlässliche regierungsfähige Mehrheit. CDU und Grüne stellen sie und arbeiten mit der FDP zusammen.

Wir verzichten auf emotionale Überhöhungen und streben an der Sache orientierte Lösungen an. Dieser gemeinsame Wille ist die Kraft der Koalition. Eine solche sachbezogene Kommunalpolitik wird geschlossen von den beiden Koalitionsfraktionen und ihren Parteien getragen.

Die FDP unterstützt die Koalition und deshalb ist im Magistrat auch weiterhin ein hauptamtlicher Stadtrat der FDP vertreten. Bewährtes werden wir überzeugt und engagiert fortsetzen. Das gilt zum Beispiel für eine aktive Wirtschaftspolitik oder eine erklärte Drogenpolitik, wie sie in den letzten Jahren schon gemeinsam betrieben wurden.

Der Schwarz-Grüne-Koalitionsvertrag bildet den Rahmen unserer Politik für die kommenden fünf Jahre.

Grundlegende Differenzen, wie zum Ausbau des Flughafens, werden nicht verschwiegen. Die dazu getroffene Vereinbarung halte ich für pragmatisch und vertretbar. Sie wissen, ich halte den vorgesehenen Ausbau des Flughafens für wirtschaftlich und sozial unabdingbar, wie meine Partei, und er wird durch die Koalitionsvereinbarung nicht behindert.

Offenheit und Klarheit sind unverzichtbar für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Einig sind wir uns ja schließlich bezüglich der überragenden wirtschaftlichen Bedeutung des Flughafens. Im vergangenen Jahr kaufte er zum Beispiel für 660,8 Millionen Euro Waren und Dienstleistungen ein, davon knapp 2/3 in unserer Region. Das sichert und schafft Arbeitsplätze! Und der Flughafen wird weiter gestärkt, etwa durch den Bau des AIRRAIL-Centers.

Innerhalb der folgenden 100 Tage wollen wir zielgerichtet wichtige Punkte des Koalitionsvertrages in Angriff nehmen. Diese Koalition des Realismus, des Machbaren und des Möglichen will Frankfurt dienen: mit Engagement und Mitgefühl, mit Professionalität und Zielstrebigkeit, mit Entscheidungsfreude und Sachlichkeit.



Vereidigung der neuen hauptamtlichen Magistratsmitglieder durch Oberbürgermeisterin Petra Roth: Bürgermeisterin Jutta Ebeling (Grüne), Stadtrat Lutz Sikorski (Grüne), Stadtrat Boris Rhein (CDU), Stadtrat Prof. Dr. Felix Semmelroth (CDU), Stadträtin Manuela Rottmann (Grüne) und Stadtrat Uwe Becker (CDU) (v.l.).

Im Porträt – Die hauptamtlichen Magistratsmitglieder der CDU

Die schwarz-grüne Koalition regiert Frankfurt am Main. Am 13. Juli 2006 wählte die Stadtverordnetenversammlung in geheimen Wahlgängen fünf neue hauptamtliche Magistratsmitglieder.

Schuldezernentin Jutta Ebeling (Grüne) wurde mit 51 gegen 40 Stimmen zur Bürgermeisterin gewählt. Zu hauptamtlichen Stadträten wählte das Stadtparlament den bisherigen Fraktionsvorsitzenden der CDU, Uwe Becker, mit 52 zu 37 Stimmen, den bisherigen Fraktionschef der Grünen, Lutz Sikorski, mit 54 zu 37 Stimmen, den bisherigen CDU-Landtagsabgeord-

neten Boris Rhein mit 53 zu 37 Stimmen, die bisherige wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Urbanistik Berlin, Manuela Rottman (Grüne), mit 51 zu 37 Stimmen und den bisherigen Leiter des OB-Büros, Prof. Dr. Felix Semmelroth (CDU), mit 52 zu 37 Stimmen. Das Frankfurt Magazin stellt die nunmehr sechs hauptamtlichen Dezenten der CDU vor.

Oberbürgermeisterin Dr. h.c. Petra Roth



Geb. 09. Mai 1944 in Bremen,
Beruf: Oberbürgermeisterin

1977–1989; 1993–1995 Stadtverordnete
1993–1994 Stadtverordnetenvorsteherin
1987–1995 Mitglied des Hessischen Landtages
1992–1995 Kreisvorsitzende der Frankfurter CDU

Seit 25. Juni 1995 Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main

Zuständigkeit: Hauptverwaltung, Regionale und Internationale Angelegenheiten (Dezernat I)

Stadtrat Uwe Becker



Geb. 31. Juli 1969 in Bad Homburg,
Beruf: Bankkaufmann

1995–2006 Stadtverordneter
2001–2006 Vorsitzender der CDU-Fraktion
Seit 13. Juli 2006 hauptamtlicher Stadtrat

Zuständigkeit: Soziales, Jugend und Sport (Dezernat VIII)

Stadtrat Edwin Schwarz



Geb. 15. Juli 1948 in Frankfurt am Main,
Beruf: Oberstudienrat

1972–1999 Stadtverordneter
1997–1999 Vorsitzender der CDU-Fraktion
Seit 24. Juni 1999 hauptamtlicher Stadtrat

Zuständigkeit: Planung und Wirtschaft (Dezernat IV)

Stadtkämmerer Horst Hemzal



Geb. 15. Juni 1939 in Brünn,
Beruf: Diplom-Bibliothekar

1975–1995 Stadtverordneter
1989–1993 Vorsitzender der CDU-Fraktion
Seit 16. November 1995 hauptamtlicher Stadtrat
Seit 01. Januar 2002 Stadtkämmerer

Zuständigkeit: Finanzen (Dezernat III)

Stadtrat Boris Rhein



Geb. 02. Januar 1972 in Frankfurt am Main,
Beruf: Rechtsanwalt

1999–2006 Mitglied des Hessischen Landtages
Seit 13. Juli 2006 hauptamtlicher Stadtrat

Zuständigkeit: Recht, Sicherheit, Brandschutz und Personal (Dezernat IX)

Stadtrat Prof. Dr. Felix Semmelroth



Geb. 30. August 1949 in Kassel
Beruf: Anglist und Literaturwissenschaftler

1989–1996 Referent im Amt für Wissenschaft und Kunst der Stadt Frankfurt am Main
1997 Honorarprofessor der Technischen Universität Darmstadt

1999–2006 Leiter des Büros der Oberbürgermeisterin in Frankfurt a. M.
Seit 13. Juli 2006 hauptamtlicher Stadtrat

Zuständigkeit: Kultur und Wissenschaft (Dezernat VII)

Fußball-WM

Sicherheitskonzept hat sich hervorragend bewährt

CDU-Fraktion dankt Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten



Dr. Walter Seubert

Sicherheitspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Der Einsatz von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz während der Fußball-WM war ein herausragender Erfolg. Die intensive Vorbereitung und das umfassende Sicherheitskonzept haben sich ausgezahlt. Wir haben eine großartige WM erlebt, bei der die Welt dank der hervorragenden Arbeit der Einsatzkräfte stets sicher zu Gast bei Freunden war. Rund eine Milliarde Menschen haben an Fernsehschirmen den gewaltigen Auftakt mit der SkyAre-

na verfolgt. Die fünf WM-Spiele im Stadion haben mehr als 250.000 Fans besucht. Herausragend war sicherlich auch die Main-Arena mit den Bildschirmen in der Flussmitte. Dort verfolgten mehr als 1,5 Millionen Besucher die Spiele. Frankfurt hat sich der Welt als ein guter Gastgeber präsentiert.

Über die vier Turnier-Wochen waren täglich durchschnittlich rund 3.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Einsatz. Rund 380.000 Überstunden sind allein bei der Polizei angefallen. Es kann festgestellt werden, dass die Kriminalitätszahlen mit WM-Bezug deutlich hinter den Befürchtungen zurückgeblieben sind. Auch kam es in Frankfurt zu keinen Verdrängungseffekten durch die starke Polizeipräsenz in der Innenstadt. Insgesamt verlief das Fußball-Fest sehr friedlich. Im Stadion-Bereich registrierte die Polizei lediglich 73 Straftaten, in der Hauptsache wegen Diebstahls und Hausfriedensbruchs. Als größtes Problem für die Polizei haben sich an der Main-Arena die Fans erwiesen, die von den Mainbrücken sprangen oder die im Main schwimmen gingen. Insgesamt 338 Brückenspringer registrierte die Polizei während der WM, weitere 142 Personen wurden als »Schwimmer« festgestellt.

Frankfurt hat zum Erfolg erheblich beigetragen und investiert. Der Präventionsrat hat rund 10.000 »Helfer Cards« verteilt, auf der Verhaltensregeln und alle wichtigen Frankfurter Notrufnummern zu finden waren. Rechtzeitig vor dem Anpfiff der WM präsentierte sich zudem der Außendienst des Ordnungsamtes ganz im Sinne der Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei in der europaweiten Polizeifarbe »blau«. Ein mit der



Polizei abgestimmtes Einsatzkonzept und umfangreiche Schulungsmaßnahmen rund um das Thema WM sorgten für eine bestmögliche Vorbereitung der Ordnungsamts-Mitarbeiter auf ihre Rolle als besondere Visitenkarte der WM-Stadt Frankfurt. Auch beim Ordnungsamt sind tausende von Überstunden angefallen. Für dieses überaus große Engagement unserer städtischen Bediensteten wie auch der Vollzugspolizei bedanken wir uns als CDU-Fraktion ausdrücklich.

Ein wichtiger Baustein im Konzept gegen Gewalttäter war zudem die Unterstützung durch ausländische Polizeikräfte. Insgesamt 80 ausländische Polizeibeamte versahen während der WM in Frankfurt Dienst. Diese Unterstützung war eine wichtige Hilfe für die Polizei.

Auch die Brand- und Katastrophenschützer haben die WM in Frankfurt souverän gemeistert. An den fünf Spieltagen in Frankfurt waren durchschnittlich 2.100 ehrenamtliche und hauptamtliche Feuerwehrleute in Frankfurt tätig. Sie haben neben einigen THW- und Bundeswehreinheiten die Hauptlast getragen.

Was die vielen tausend Einsatzkräfte während der WM geleistet haben, darauf können alle völlig zu recht stolz sein. Frankfurt hat sich von seiner besten Seite gezeigt.



Gemeinsame Streifenwege der englischen Bobbies mit ihren Frankfurter Kollegen waren zur WM eine große Hilfe. Zum Spiel England gegen Paraguay traf auch Prinz William als hoher Besuch in Frankfurt ein, der hier von Oberbürgermeisterin Petra Roth, begleitet von einigen britischen Polizisten, empfangen wird.

Integrationsbericht 2005

Zuwanderung und Zuwendung sind entscheidend für Frankfurts Zukunft



Thomas Kirchner

Integrationspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Der Integrationsbericht 2005 des Magistrats ist kein Thema, das lediglich Minderheiten betrifft oder als ein Nebenschauplatz städtischer Politik bezeichnet werden kann. Er gibt vielmehr Rechenschaft über die Tätigkeiten der Stadt in einem für die Zukunft Frankfurts entscheidenden Handlungsfeld. Dies sind die Zahlen:

- 26 Prozent der Frankfurter haben einen ausländischen Pass.
- Neueste Erhebungen zeigen jedoch, dass fast 40 Prozent der Einwohner einen Migrationshintergrund haben.
- Rund 2/3 aller in dieser Stadt geborenen Kinder haben mindestens einen nicht deutschen Elternteil.

Die Zuwanderung von Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturkreisen ist jedoch nicht problemlos und wird dies auch in Zukunft nicht sein. Dies zeigt sich unter anderem an folgenden Tatsachen:

- Viele Menschen mit Migrationshintergrund weisen ein Defizit hinsichtlich ihrer deutschen Sprachkenntnisse auf – dies gilt leider verstärkt auch für die so genannte dritte Generation.
- Aufgrund der mangelnden Sprachkenntnisse, verstärkt durch den hohen Anteil an Menschen aus so genannten bildungsfernen Schichten, ergeben sich erschwerte Startbedingungen für Kinder von Zuwanderern in Schule und Beruf.

Wir müssen diese Entwicklungen ernst nehmen, weil es in unser aller Interesse ist, dass sich Zuwanderer gleichberechtigt an den Chancen, die unsere Gesellschaft bietet, beteiligen können. Dies sichert nicht nur das Nachwachsen von gut ausgebildeten Arbeitnehmern, sondern trägt auch zur Sicherung des sozialen Friedens bei. Als CDU sind wir der Ansicht, dass Zuwanderung und Integration fester und verbindlicher Regeln bedürfen. Das aus der Geschichte und dem Wertesystem unseres Landes entstandene Grundgesetz bildet dazu die Grundlage.

Frankfurt ist dabei auf einem guten Weg, was sich auch daran zeigt, dass bereits seit längerem die unter Federführung von CDU-Integrationsdezernent Dr. Albrecht Magen hier eingesetzten integrationspolitischen Maßnahmen von anderen Kommunen und sogar bundesweit übernommen werden.

- Die Einführung des kostenlosen letzten Kindergartenjahres bietet vielen Migrantenkindern die Chance auf einen frühzeitigen Erwerb der deutschen Sprache.
- Gleiches gilt für das HIPPY-Programm, dass

sozial benachteiligte Einwandererfamilien dabei unterstützt, ihre 4- bis 6-jährigen Kinder in der Entwicklung zu fördern.

- Das bewährte Programm »Mama lernt Deutsch – Papa auch« stellt mittlerweile eine Brücke zu den neuen Integrationskursen des Bundes dar. Das Angebot an Kursen konnte für 2006 um erfreuliche 20 Prozent auf mittlerweile 1.200 Plätze erhöht werden.

Die neue schwarz-grüne Koalition will die Integration zu einem Kernbereich ihrer politischen Arbeit machen.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung von Kindern und Jugendlichen. Daher streben wir die Einrichtung von Elternschulen als Instrument gegen Bildungsbenachteiligung an. Im Gesundheitsbereich wollen wir mehr interkulturelles Wissen verankern, Dolmetscherdienste und muttersprachliche Gesundheitsberatung einführen.

Frankfurt am Main hat es von jeher verstanden, aus Zugewanderten Mitbürger zu machen und ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe am städtischen Leben zu sichern. Ich bin zuversichtlich, dass uns dies auch in Zukunft

gelingen wird. CDU und Grüne haben hierfür die Weichen gestellt.



Die Integrationspolitik ist in Frankfurt am Main auf einem guten Weg: Oberbürgermeisterin Petra Roth begrüßt bei einer Einbürgerungsfeier im Kaiser-Saal des Frankfurter Römer rund 400 ausländische Bürgerinnen und Bürger.

»Tue Gutes und rede darüber«: Diesem Motto hat sich die Initiative Pro Höchst verschrieben, in der Unternehmen, Institutionen und Einzelpersonen aus dem Stadtteil zusammengeschlossen sind. Mit dabei auch Oberbürgermeisterin Petra Roth (6.v.r.) als Dezernentin für die westlichen Stadtteile.



»Im Frankfurter Westen geht die Sonne auf«

Stadtverordnetenversammlung beschließt Rahmenplan Höchst

Am 14. September 2006 haben die Stadtverordneten ohne größere Änderungen den von Planungsdezernenten Edwin Schwarz (CDU) erarbeiteten Rahmenplan Höchst verabschiedet. Ohne Gegenstimme wurde auch ein rund 21 Millionen Euro schweres Förderprogramm bewilligt, das den Stadtteil Höchst aufwerten soll.

Es geschieht etwas im Stadtteil Höchst – oder, um es mit den Worten von Thomas Reichert, dem Vorsitzenden der Interessengemeinschaft für Handel und Handwerk Höchst e. V., etwas ungewöhnlich auf den Punkt zu bringen: »Im Frankfurter Westen geht die Sonne auf.« Das Mainufer ist saniert und lädt herrlich zum Flanieren ein, und das Gebiet rund um den Bahnhof mit der Bruno-Asch-Anlage und dem Dalbergplatz wird derzeit baulich aufgewertet. Ausgehend von Strukturuntersuchungen des Stadtteils werden jetzt mit einer großen Rahmenplanung Mängel und Chancen von Höchst herausgearbeitet. Die heutige Situation ist von

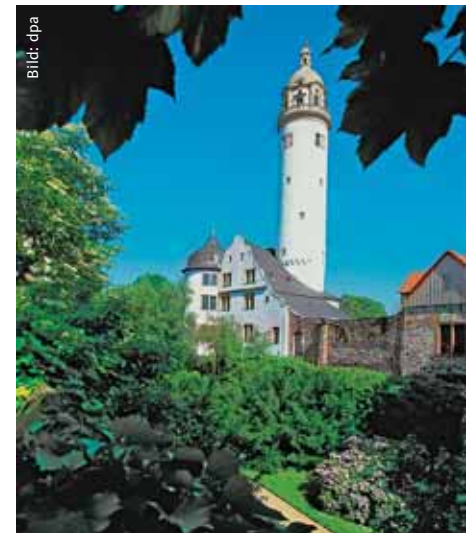
diversen Fehlentwicklungen gekennzeichnet, die sich auffallend im Bereich der Innenstadt zeigen und beispielhaft durch die problematische Situation des Geschäftszentrums mit dem leer stehenden Hertie-Kaufhaus gekennzeichnet sind.

Mit dem Rahmenplan kann die Stadt jetzt aktiv auf die Eigentümer von problembehafteten Liegenschaften zugehen, sie im Sinne der Ziele des Rahmenplans beraten und auf wirtschaftliche Fördermöglichkeiten hinweisen. Es wird zudem ein Bebauungsplan aufgestellt mit dem Ziel, die gewachsene Nutzungsmischung mit ihren jeweiligen Schwerpunkten Wohnen und wohnverträgliches Gewerbe zu sichern.

Das Plangebiet umfasst die historische Altstadt – mit Schloss und Justinuskirche –, die östlich gelegene Stadterweiterung »Höchster Neustadt« mit dem Bolongaropalast sowie dem in nachfolgenden Entwicklungsphasen zusammengewachsenen Stadtgefüge bis zum »Höchster Westend« aus der späten Gründerzeit. Neben kleineren Strukturverbesserungen in der Höchster Innenstadt sollen auf dem Ge-

lande der VGF ein Fachmarkt angesiedelt und das Infraser-Gelände vor dem Tor Ost als Bürostandort genutzt werden.

»Die in Höchst an sich gute räumliche Verflechtung von Wohnen, Einkaufen, Kultur und Gastronomie birgt ein Potenzial urbaner Qualitäten, das vielerorts in den neu gebauten Ortslagen vermisst wird. Die Stadt Frankfurt will die Umkehr der bisherigen Entwicklung einleiten und die Stabilisierung sowie die Entwicklung von Höchst nachdrücklich betreiben«, sagte Stadtrat Schwarz bei einer Ortsbegehung des Planungsausschusses. Einen



Das Höchster Schloss.

Partner für die Revitalisierung der alten Kreisstadt hat der Magistrat mit der Initiative Pro Höchst, die durch das im Stadtteil verankerte unternehmerische und bürgerschaftliche Engagement die Handlungsspielräume erweitert. Zudem steht die Einführung eines so genannten Business-Improvement-District auf der Grundlage des Hessischen Gesetzes zur Belebung und Steigerung der Attraktivität von Innenstädten (INGE) in Rede, ein Verein von Geschäftsleuten und Grundeigentümern, der für Aufwertungsmaßnahmen eine solide Finanzierung auch von privater Seite sicherstellt. (jr)



In Führung: Stadtrat Edwin Schwarz erläutert Mitgliedern des Planungsausschusses die Baumaßnahmen an der Bruno-Asch-Anlage. 5.v.l.: CDU-Fraktionschef Markus Frank.

Weitere Infos:

- ▶ www.ihr-nachbar.de
- ▶ www.business-improvement-district.de



Rekonstruktion wahrscheinlich: Das Haus »Zur Goldenen Waage« in der Altstadt, 1944 bis auf die Mauern des Sandstein-Sockels niedergebrannt, hier abgebildet auf einer echtfotografischen Postkarte um 1920.

Die Frankfurter Altstadt erhält ihr Gesicht wieder

Erwartungen an die Planungswerkstatt



Jochem Heumann

Sprecher der CDU-Fraktion Sonderausschuss Dom-Römer

Die im Rahmen der Planungswerkstatt gewährleistete breite Bürgerbeteiligung beim Altstadt-Projekt ist ausdrücklich zu begrüßen.

Grundlage der Planung ist, das Areal zwischen der Braubachstraße und der Kunsthalle Schirn bzw. dem Dom und der Rückseite der Ostzeile in kleine Parzellen aufzuteilen und individuell so zu bebauen, dass die ursprüngliche Altstadt-Struktur wieder erkennbar wird. Eine Mischung aus Wohnen und Arbeiten, Gastlich-

keit und Handel soll das Viertel zu einem lebendigen Mittelpunkt werden lassen – so, wie es früher einmal war und wie es die »alten« Frankfurter noch in Erinnerung haben.

Als CDU-Fraktion sind wir uns sicher, dass eine sehr gute Lösung erarbeitet wird, nachdem die Prüfungen abgeschlossen sind, von welchen der zerstörten Altstadt-Gebäuden hinreichend gutes Material vorhanden ist, um eine Rekonstruktion vornehmen zu können.

Nachdem die schwarz-grüne Koalition den Rückkauf des Technischen Rathauses beschlossen hat, können wir zuversichtlich sein, der Frankfurter Altstadt bald ihr Gesicht wiedergeben zu können, und ich erwarte die Ergebnisse der Planungswerkstatt mit großer Spannung.

Hinweis

Über die Ergebnisse der Planungswerkstatt am 6. und 7. Oktober 2006 informiert das Frankfurt Magazin ausführlich in seiner nächsten Ausgabe.



Bild: Rotberg

Abriss steht bevor: Das Anfang der 70er Jahre errichtete Technische Rathaus in der Braubachstraße.

Denkmalschutz macht Bauen und Wohnen attraktiv

CDU-Fraktion informierte sich im Stadtteil Niederursel über Ergebnisse der Bauerhaltung in dörflichen Ortskernen Frankfurts



Schmuckstück in Fachwerk: Die CDU-Fraktion lässt sich die Instandsetzung einer alten Hofreite in Niederursel erklären.

Jeder Umbau ist eine Herausforderung für den Denkmalschutz. Der dörfliche Ortskern des Stadtteils Niederursel ist dafür ein anschauliches Beispiel, wie sich die Stadtverordneten der CDU-Fraktion bei einem von Planungsdirektoren Edwin Schwarz (CDU) und Konservator Dr. Stefan Timpe geführten Rundgang überzeugen konnten. Denkmalschutz und Denkmalpflege sind wichtige Bestandteile von Stadtbaukultur, die bei städtebaulichen Entwicklungen einbezogen werden. In Frankfurt

am Main ist das kommunale Denkmalamt allein für rund 5.000 Kulturdenkmäler zuständig. Timpe konnte an einigen beispielhaft ausgewählten Objekten dennoch zeigen, dass die Zusammenarbeit mit Bauherren und Architekten in Frankfurt in der Regel gut klappt.

Als Muster einer denkmalgerechten Instandsetzung präsentierte der Konservator das 1581 errichtete Anwesen Alt-Niederursel 20, eine Hofreite mit großem Wirtschaftsgebäude im hinteren Teil des Grundstücks, die alle großen Brände Niederursels überstanden hat. Die Fassade des Wirtschaftsgebäudes, in dem nun eine seniorengerechte Wohnung für die Großmutter und eine weitere Mietwohnung entstanden sind, konnte ebenso wie die alten Fensteröffnungen fast vollständig erhalten werden. (jr)

Frankfurt gibt die Rote Laterne bei der Gewerbesteuer ab

Koalition senkt Hebesatz zum 1. Januar 2007

Mit einem gemeinsamen Antrag haben CDU und Grüne im Römer einen zentralen Punkt des Koalitionsvertrages umgesetzt: Um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Frankfurt am Main zu verbessern, wird der Gewerbesteuerhebesatz zum 1. Januar 2007 von derzeit 490 auf 460 Prozentpunkte gesenkt, ein wesentliches Wahlversprechen der Union. Das Frankfurt Magazin dokumentiert in Auszügen die Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Markus Frank, in der Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. September 2006.



Markus Frank

Vorsitzender der CDU-Fraktion Frankfurt am Main

Wir werden in diesem Jahr – das hat Stadtkämmerer Horst Hemzal angekündigt – einen Gewerbesteuerrekord von 1,4 bis 1,5 Milliarden Euro haben. Diese Gewerbesteuer wurde von vielen Unternehmen in Frankfurt am Main erwirtschaftet, von größeren und kleinen Firmen. Und ich bin sehr froh und stolz darauf, dass wir diese vielen Unternehmen mit ihren Beschäftigten in Frankfurt am Main haben.

Die Aufregung aufseiten der SPD kann ich nicht verstehen. Ich habe mir die Redeprotokolle aus dem Jahr 1999 angesehen. Damals war unser Gewerbesteuerhebesatz mit 515 Punkten viel höher und er wurde in zwei Abschnitten auf 490 Prozentpunkte gesenkt. Wer hat damals zugestimmt? Wer hat sich ebenfalls dafür eingesetzt? Das war der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Frey. Jetzt frage ich die Sozialdemokraten: Was ist denn plötzlich an dieser Entscheidung falsch, die Sie damals getragen haben und die jetzt auch dafür gesorgt hat, dass wir den höchsten Gewerbesteuerertrag in der Geschichte der Stadt Frankfurt haben?

Ich möchte die SPD an ein paar Unternehmen erinnern: FFH, Eurocard, VR-Leasing, Eurohyp, Gesellschaft für Zahlungssysteme. Das sind alles Unternehmen, die eben nicht mehr im Satzungsgebiet der Stadt Frankfurt Gewerbesteuer bezahlen. Sie bezahlen jetzt im Umland Gewerbesteuer. Wir müssen aber um jedes Unternehmen kämpfen, damit wir die Arbeits- und Ausbildungsplätze in Frankfurt halten. Deshalb senken wir den Gewerbesteuerhebesatz ab dem 1. Januar 2007.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Zusammensetzung der Gewerbesteuer sagen. 8.500 Unternehmen zahlen hier Gewerbesteuer. Es sind 8.500 Unternehmen, die davon profitieren, wenn wir heute den Gewerbesteuerhebesatz senken. Ich habe verschiedene Firmen genannt, die unsere Stadt verlassen haben. Eines dieser Unternehmen, so wurde in einer Frankfurter Zeitung berichtet, hat 40 Millionen Euro in drei Jahren dadurch gespart, dass es von Frankfurt nach Eschborn gezogen ist. 40 Millionen Euro hat diese Firma gespart, aber wir als Stadt Frankfurt haben 100 Millionen Euro verloren. Das ist doch der Punkt.

Meine Damen und Herren, wir werden am 1. Januar nicht mehr die Stadt mit dem höchsten Gewerbesteuerhebesatz in der Bundesrepublik Deutschland sein. Deswegen bitte ich Sie ganz herzlich: Unterstützen Sie unseren Antrag, lassen Sie uns gemeinsam die Rote Laterne an eine andere Stadt weitergeben.

Die Gewerbesteuer

Steuergegenstand der Gewerbesteuer ist der Gewerbebetrieb und seine objektive Ertragskraft. Nach Mitteilung des Bundes der Steuerzahler ist der Gewerbesteuer-Hebesatz allein in 16 hessischen Städten und Gemeinden erneut gestiegen, die Frankfurter Umlandgemeinden wie zum Beispiel Schwalbach senken jedoch weiter ihre Sätze und punkten damit im Standortwettbewerb mit ihrer großen Nachbarin. Andere, mit Frankfurt am Main vergleichbare Städte weichen nicht von ihren konstant hohen Hebesätzen ab.

Frankfurt	490
München	490
Hamburg	470
Hannover	460
Köln	450
Wiesbaden	440
Offenbach	440
Darmstadt	425
Berlin	410
Bundesdurchschnitt	390
Schwalbach	350
Bad Vilbel	300
Eschborn	300
Bad Soden	280

Gewerbesteuer-Hebesätze, Stand: 1.9.2006
Quellen: F.A.Z., Deutscher Städtetag

Erfolgsmodell Freiwilliger Polizeidienst startet in Frankfurt am Main

Koordinationsvertrag unterzeichnet / 90 Polizeihelfer ab 1. Januar 2007

Die Stadt Frankfurt am Main führt zum 1. Januar 2007 den Freiwilligen Polizeidienst ein. Innenminister Volker Bouffier, Oberbürgermeisterin Petra Roth und Sicherheitsdezernent Boris Rhein (alle CDU) haben am 18. September 2006 gemeinsam einen entsprechenden Koordinationsvertrag unterzeichnet. Damit gibt es in mittlerweile 89 Städten und Gemeinden in Hessen den Freiwilligen Polizeidienst.

»90 Freiwillige Polizeihelfer werden nach dem Grundsatz ›Präsenz zeigen – beobachten – melden‹ in Frankfurt Streife gehen und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger weiter stärken. Sie sind neben der Polizei und dem Ordnungamt zusätzliche kompetente Ansprechpartner vor Ort«, sagte Minister Bouffier anlässlich der Vertragsunterzeichnung im Frankfurter Römer.

Die Polizeihelfer werden von der Frankfurter Polizei ausgebildet, ausgestattet und in Absprache mit der Stadt in nahezu allen Revierbereichen eingesetzt. Vorgesehen sind Präsenzstreifen in den Frankfurter Stadtteilen sowie bei Volksfesten, Märkten und Umzügen. Außerdem werden die Polizeihelfer in Grünanlagen und Parks nach dem Rechten sehen. Weitere Einsatzorte sind Friedhöfe, Spielplätze, Schulwege, aber auch Wohngebiete und Einkaufsbereiche.

Oberbürgermeisterin Roth freute sich darüber, dass in Frankfurt das hessenweit größte Kontingent eingesetzt werde und begrüßte den Freiwilligen Polizeidienst als »wichtige und sinnvolle Ergänzung«, Stadtrat Rhein äußerte, es werde »im Sinne der Prävention ein weiteres Kapitel in der erfolgreichen Geschichte der Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizei und Stadt Frankfurt aufgeschlagen«. Nach Meinung des sicherheitspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, Dr. Walter Seubert, wird es durch die Präsenz des Freiwilligen Polizeidienstes zu einer deutlichen Reduzierung von Tatgelegenheiten kommen. (jr)



Vertragsunterzeichnung im Magistratssitzungssaal des Frankfurter Römer: Innenminister Volker Bouffier, Oberbürgermeisterin Petra Roth und Stadtrat Boris Rhein (v.l.n.r.)

Der Freiwillige Polizeidienst – Bewerberinformation:



Signalblau für mehr Sicherheit: Innenminister Volker Bouffier (r.) und Stadtrat Boris Rhein (l.) mit zwei Polizeihelfern.

Mit dem Gesetz zur aktiven Bürgerbeteiligung zur Stärkung der Inneren Sicherheit (Hessisches Freiwilligen Polizeidienst-Gesetz) wurden dem Freiwilligen Polizeidienst Aufgaben übertragen und Befugnisse eingeräumt. Freiwillige Polizeihelfer tragen blaue Dienstkleidung und stehen zum Land Hessen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis. Die Dauer der Ausbildung beträgt mindestens 50 Stunden. Die Polizeihelferinnen oder -helfer müssen mindestens 18 Jahre und dürfen höchstens 65 Jahre alt sein. Ein vorbehaltloses Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. ein Schulabschluss ist Voraussetzung. Außerdem müssen die Bewerber gesundheitlich fit und der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein. Der Dienst findet in der arbeitsfreien Zeit statt, maximal 20 Stunden pro Monat.

Nähere Informationen:

Polizeipräsidium Frankfurt am Main, E 2
Adickesallee 70, 60322 Frankfurt am Main
Telefon (069) 755-32000 oder 755-32300

Stadt Frankfurt am Main, Ordnungsamt, 32.6
Mainzer Landstraße 323
60326 Frankfurt am Main

Telefon (069) 212-42407 oder 212-43981

Bewerbungsunterlagen können direkt an eine der beiden Dienststellen gesandt werden.

» www.polizei.hessen.de

Alles im Blick: In der Einsatzzentrale der Bundespolizei am Hauptbahnhof ließ sich die CDU-Fraktion die Videoüberwachung zeigen. 2.v.l.: Fraktionschef Markus Frank.

Vandalismus-Delikte nehmen zu

CDU-Fraktion bei der Bundespolizeiinspektion am Hauptbahnhof

Der Frankfurter Hauptbahnhof wird von der Bevölkerung weiterhin als Ort mit Handlungsbedarf für mehr Sicherheit empfunden. Für die Sicherung dieses europäischen Verkehrsknotenpunktes ist die Bundespolizei zuständig. Unter Leitung ihres Vorsitzenden Markus Frank informierte sich die CDU-Fraktion bei der Bundespolizeiinspektion über die aktuelle Lage am Frankfurter Hauptbahnhof. 220 Beamte sind hier für eine Fläche von rund 3.000 Quadratmetern verantwortlich. Christof Baldus, Leiter des Bundespolizeiamtes Frankfurt/Main, und Inga Martens, die neue Leiterin der Bundespolizeiinspektion Hauptbahnhof, führten die Stadtverordneten durch die Einsatzzentrale und



gaben aktuelle Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung am Hauptbahnhof bekannt. Seit Einführung von »Ossip« (Offensive Sozialarbeit, Sicherheit, Intervention und Prävention) seien zum Beispiel Drogendelikte merklich zurückgegangen. Seit 2002 hätten sich aber Vandalismus-Delikte in den Zügen der Deutschen Bahn AG von 440 auf 780 im Jahr 2005 fast verdoppelt. Durch Einsatz von Videotechnik in Zugabteilen soll dem Problem begegnet werden. Am Bahnhof selbst wird Videoschutz schon erfolgreich praktiziert. Über 120 Kameras mit starken Zoom-Objektiven wachen über die Sicherheit auf allen Ebenen, Gängen und Bahnsteigen. (jr)

Flugreisen sind durch Videotechnik zunehmend sicherer

CDU und Grüne besuchten Leitstelle des Frankfurt-Airport

Die Sicherheit für alle Flugreisenden und Besucher des Weltflughafens Frankfurt zu gewährleisten, ist eine komplexe Aufgabe. Nach den verhinderten Terroranschlägen am Londoner Flughafen Heathrow und den jüngsten Terrorermittlungen zu den Bom-

benfunden von Dortmund und Koblenz haben sich die Fraktionsvorsitzenden der CDU und der Grünen im Römer, Markus Frank und Olaf Cunitz, zusammen mit Sicherheitsdezernent Boris Rhein (CDU) in der Sicherheitsleitstelle der Fraport über das Sicher-

heitskonzept am Frankfurter Flughafen informiert.

Fraport-Sicherheitsbeauftragter Volker Zintel erläuterte, dass auf dem von Passagieren benutzten Teilen der Terminals 90 Kameras installiert seien. 105 Kameras sind an den Passagierkontrollstellen, 275 in den Parkhäusern und 300 zur Sicherung des Geländes und der Immobilien angebracht. Die Kameras werden bei konkreten Anlässen auf die Monitore in der Sicherheitszentrale geschaltet. Wie Zintel erklärte, hätten die Sicherheitsbehörden von Bund und Land bislang nur auf einen Teil der Kameras Zugriff. In der ersten Stufe des zur WM entwickelten Konzepts sei der Polizei die Möglichkeit eingeräumt worden, die Bilder aus 40 ausgewählten Kameras aufzuzeichnen, um beispielsweise gewalttätige Hooligans erkennen zu können. (jr)



Von hier wird der Flughafen gesichert: Fraport-Sicherheitschef Zintel (2.v.r.) und Stadtrat Rhein (2.v.l.) mit den Fraktionsvorsitzenden Cunitz (r.) und Frank (l.).

In 10 Minuten am Einsatzort

CDU-Fraktion tagte im Brand- und Katastrophenschutzzentrum

In der Reihe ihrer Fraktionssitzungen vor Ort tagte die CDU-Fraktion am 30. August 2006 im Casino des neuen Brandschutzzentrums am Marbachweg/Ecke Feuerwehrstraße. Das Brandschutzzentrum mit einer Fläche von 15.000 m² war Anfang April 2005 von Oberbürgermeisterin Petra Roth und dem Hessischen Innenminister Volker Bouffier (beide CDU) eröffnet worden. Ein durch Brand- und Katastrophenschutzdezernent Boris Rhein (CDU) und dem Leitenden Branddirektor Prof. Reinhard Ries geführter Rundgang durch diese neue, hochmoderne Zentrale vermittelte einen Eindruck von der ausgefeilten Sicherheits- und Meldetechnik.

Dabei konnten die CDU-Stadtverordneten auch die drei Millionen Euro teure Zentrale Einsatzleitstelle besichtigen, das Herzstück der neuen Branddirektion. Die Leitstelle ist ständig mit mehreren Mitarbeitern besetzt und technisch auf dem neuesten

Stand. Tische bestückt mit Touchscreen-Bildschirmen und eine vier mal drei Meter grosse »Cubewand« sind nur zwei Beispiele dafür.

Von der hier eingehenden Alarmierung unter der Notrufnummer 112 bis zum Eintreffen des Rettungswagens am Einsatzort vergingen laut Ries maximal 10 Minuten. »Hier werden alle Feuerwehr- und Rettungseinsätze in Frankfurt am Main koordiniert. Unsere Stadt ist bei dieser Feuerwehr in guten und sicheren Händen«, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Markus Frank nach dem Rundgang. (jr)



Bild: Rotberg

Schnelle Koordination: Brand- und Katastrophenschutzdirektor Prof. Reinhard Ries erläutert CDU-Fraktionschef Markus Frank und Stadtrat Boris Rhein (r.) die Funktionsweise der Leitstelle des Brandschutzzentrums.

Aktiver Umweltschutz mit viel Know-how

Arbeitskreis Umwelt beim Sonderdienst Umweltschutz der Berufsfeuerwehr

Die Berufsfeuerwehr Frankfurt am Main besitzt eine Spezialeinheit, die weit über die Aufgaben des klassischen Atem- und Strahlenschutzes sowie der Gefahrenabwehr im Umweltbereich hinausgeht. Am 1. Juni 2006 informierte sich der Arbeitskreis Umwelt der CDU-Fraktion im Brandschutzzentrum in der Feuerwehrstraße über die vielfältigen Aufgaben des Sonderdienstes. Im Jahr 2005 ist die Umweltschutzeinheit der Berufsfeuerwehr 32 Mal wegen eines Austritts von Gefahrstoffen ausgerückt. Typisch sind Einsätze auf Autobahnen und im Container-Hafen, aber auch Gewässerverschmutzungen und Lecks in Gasleitungen müssen schnell auf ihre Gefährlichkeit geprüft und bekämpft werden. Mit der Verhinderung

von Umweltschäden leistet die Feuerwehr dabei aktiven Umweltschutz. Die Bewältigung von Einsatzlagen mit Einwirkung von radioaktiven, biologischen oder chemischen Gefahrstoffen stellt besondere Anforderungen an die Einsatzkräfte, deren Ausbildung und Ausrüstung. Die ausgefeilte und hochmoderne Technik der Fahrzeuge und Leitstände allein löst dabei keineswegs alle Problemlagen, vielmehr ist auch die Qualifikation und Motivation der Besatzungen ausschlaggebend für den Einsatzerfolg. (jr)



Bild: Rotberg

Der Leiter des Sonderdienstes Umweltschutz erläutert dem umweltpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Markus Frank, die Funktionsweise eines Schutzanzuges.

»Müllgaragen« für ein sauberes Frankfurt

Größere Eimer kommen bei der Bevölkerung gut an

Auf den Einkaufsstraßen im Stadtteil Höchst reichen die Papierkörbe nicht aus. Viele Geschäftsleute und Anwohner klagen über zunehmenden Dreck und Unrat, besonders auf der Königsteiner Straße. Auf Initiative der CDU-Fraktion hat die Stadt jetzt zwei neuartige, große Mülleimer positioniert, die zur Zeit von der Stabsstelle Sauberes Frankfurt erprobt werden. Die herkömmlichen runden Papierkörbe – »Pintolinos« genannt – fassen nur 30 Liter. Die neue Tonne – noch etwas holprig »Müllgarage« genannt – ist 1,30 Meter hoch, 60 Zentimeter breit und hat ein Fassungsvermögen von 120 Litern sowie eine größere Öffnung.

Die »Müllgarage« wird zwei Mal täglich geleert und kann sogar ungefaltete Pizzaschachteln aufnehmen. Vertreter des Ortsbeirates und des Einzelhandels in Höchst zeigten sich angenehm überrascht vom unauffälligen Äußeren und vom Fassungsvermögen der Tonne. Bei einem Internet-Voting haben sich tausende Bürger positiv über die neue Abfallsammelstelle geäußert.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Markus Frank kann sich vorstellen, dass die neuen Tonnen auch auf anderen Einkaufsmeilen in der Stadt Verwendung finden werden,



Begeistert von der praktischen Tonne: CDU-Fraktionschef Markus Frank, Peter Postleb (Stabsstelle Sauberes Frankfurt) und Thomas Reichert, Interessengemeinschaft Handel und Handwerk Höchst e. V. (v.l.).

etwa auf der Berger Straße oder der Leipziger Straße. Tatsächlich werde laut Peter Postleb von der Stabsstelle Sauberes Frankfurt ein weiterer Pilotversuch in der Freßgass gestartet, da die Tonne, für die jetzt auch ein passender Name gesucht wird, auf der »Kö« in Höchst sehr gut angenommen worden sei. (jr)

Sauberkeitswoche 2006

CDU-Fraktion reinigte das südliche Mainufer

Die CDU hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich das Erscheinungsbild der Stadt verbessert hat. Ordnungsrechtliche Schritte gegen Schmutzfinken und Müllsünder sind das eine. Darüber hinaus befürwortet die CDU Aktionen, die dazu beitragen, das Bewusstsein der Bürger für eine saubere Stadt zu stärken. Sie unterstützte deshalb auch in diesem Jahr wieder die vom 29. Mai bis 3. Juni 2006 stattfindende zweite Frankfurter Sauberkeitswoche.

Bewusst vor den Beginn der Fußball-WM gelegt, säuberten Vereine, Firmen, Schulen und Bürger unter dem Motto »Frankfurt räumt auf« freiwillig die Stadt. Rund 20 Einzelaktionen waren angemeldet, darunter auch der »Saubere Business Day« mit 500 Mitarbeitern von Banken und Sparkassen, die auf dem Opernplatz und in der City für Sauberkeit sorgten.

Mit Müllsack, Zange und Aktions-T-Shirt ausgestattet und angeführt von Fraktions-

chef Uwe Becker räumten Stadtverordnete und Stadträte der CDU im Museumsuferpark und am südlichen Mainufer Dreck und Unrat beiseite. Von der Radkappe über die Bierdose bis zur Zigarettenkippe sammelten die Kommunalpolitiker alles auf, was unschön am Wegesrand lag. (jr)



Gemeinsam aktiv für ein sauberes Frankfurt: Die CDU-Fraktion reinigt das Mainufer.

Gegenseitige Hilfe wie bei den Ameisen

CDU-Fraktion informierte sich in Preungesheim über seniorengerechtes Wohnen

Gemeinsam mit Sozialdezernenten Uwe Becker (CDU) informierte sich die CDU-Fraktion beim Verein »Preungesheimer Ameisen« über neue Formen gemeinschaftlichen Wohnens im Alter. Dem Verein gelang gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main, dem Caritasverband und dem Gemeinnützigen Siedlungswerk die Realisierung eines gemeinschaftlichen Wohnprojekts, mit dem soziale Impulse in das neue Wohnquartier »Frankfurter Bogen« gesetzt werden. Das sehr schöne Dop-



Älter werden in schöner Umgebung: Stadtrat Uwe Becker (4.v.l.) und CDU-Fraktionschef Markus Frank (r.) mit der Vereinsvorsitzenden der »Ameisen« Christina Hanka (2.v.r.) beim Besuch der CDU-Fraktion.

pelhaus mit Garten und Arkaden wird von den Preungesheimer Ameisen und einer kleinen Gruppe von Demenzzkranken genutzt. 14 Frauen und vier Männer im Seniorenalter bewohnen die 43 bis 82 m² großen Wohnungen in dem Neubau an der Gundelandstraße. Gegenseitige Hilfe wird großgeschrieben, zum Beispiel im Krankheitsfall. Fraktionschef Markus Frank sagte bei dem Besuch: »Trends wie steigender Altersdurchschnitt, veränderte Familienformen, Zuwanderung und wachsende soziale Unterschiede kennzeichnen die demografische Entwicklung in Deutschland und Frankfurt am Main. Immer beliebter werden deshalb Wohnkonzepte, die gegenseitige Unterstützung fördern. Dies wird hier in Preungesheim vorbildlich praktiziert.« (jr)

Wer erhält das Elterngeld?

Fünf Fragen an die CDU-Stadtverordnete Daniela Birkenfeld

Der Bundestag hat den viel diskutierten Gesetzentwurf zum Elterngeld beschlossen. Damit steht eine zentrale Säule der neuen Familienpolitik unter Bundesministerin Ursula von der Leyen (CDU). Das Elterngeld wird ab Januar 2007 das bisherige Erziehungsgeld ersetzen. Das Frankfurt Magazin sprach mit der Vorsitzenden der Frankfurter Frauen-Union, der Stadtverordneten Prof. Dr. Daniela Birkenfeld.



Daniela Birkenfeld

Bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

Magazin: Frau Professor Birkenfeld, wer erhält eigentlich das Elterngeld?

Elterngeld gibt es für Erwerbstätige, Beamte, Selbstständige und erwerbslose Elternteile, Studierende und Auszubildende, Adoptiv-Eltern, Pflegeeltern und in Ausnahmefällen auch Verwandte dritten Grades, die Zeit für die Betreuung eines neugeborenen Kindes investieren.

Magazin: Und wie hoch wird das Elterngeld sein?

Bis zu 14 Monate lang werden Mütter oder Väter, die für die Kinderbetreuung im Beruf aussetzen, 67 Prozent des Nettoeinkommens erhalten. Gezahlt werden maximal und netto 1.800 Euro monatlich.

Magazin: Ziel der Bundesregierung ist es ja, auch die Väter zu Erziehungszeiten zu motivieren. Ist das Elterngeld ein Anreiz?

Wir wünschen uns das, denn es gibt ja einen zeitlichen Anreiz: Mütter und Väter, die die vollen 14 Monate nutzen wollen, müssen sich abwechseln. Kümmert sich nur ein Elternteil um das Kind, gibt es das Elterngeld nur 12 Monate. Ein Gutes hatte der koalitionsinterne Streit über die »Vätermonate« also: Er beschert jetzt den Eltern gegenüber den ursprünglichen Plänen der Koalition sogar zwei Monate mehr Elterngeld.

Magazin: Was wird aus dem Kindergeld?

Nicht das Kindergeld, sondern das bislang gezahlte Erziehungsgeld wird ersetzt, das maximal 300 Euro im Monat für zwei Jahre oder 450 Euro im Monat für ein Jahr betrug. Durch das neue Elterngeld wird es auch den gut Verdienenden erleichtert, Elternzeiten zu nehmen. Kindergeld wird weiterhin zusätzlich bezahlt. Es beträgt für das erste bis dritte Kind jeweils 154 Euro und für jedes weitere Kind 179 Euro monatlich.



Ist das Elterngeld ein Anreiz für Väter, Erziehungsurlaub zu nehmen?

Frankfurt am Main, die »Stadt der Kaisermacher«

Ausstellung 650 Jahre Goldene Bulle / Sanierung des Karmeliterklosters beginnt



**Alexandra
Prinzessin von
Hannover**

Kulturpolitische
Sprecherin der
CDU-Fraktion

Vor 650 Jahren bestimmte Kaiser Karl IV. in der »Goldenen Bulle« Frankfurt am Main zum Wahlort der deutschen Könige. Dieses »Grundgesetz« des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation von 1356 gab sieben, später neun Kurfürsten exklusiv das Recht, in der Bartholomäuskirche den König zu wählen. Seit 1562 fanden im »Kaiserdom« zudem die Krönungen statt. Und 2006 jährt sich auch zum 200. Mal der Untergang des Alten Reiches, dessen Zentralort Frankfurt am Main bis zum Ende blieb. Im Jahr 2004 hat die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag NR 1574 angeregt, das Jubiläum der Goldenen Bulle in einer umfassenden, wissenschaftlich fundierten Ausstellung mit Begleitprogramm zu würdigen.

Aus Anlass dieser Jubiläen veranstalten Institut für Stadtgeschichte, Historisches Museum, Dommuseum und Jüdisches Museum jetzt gemeinsam eine ebenso große wie vielfältige kulturgeschichtliche Ausstellung und präsentieren Frankfurt am Main mit rund 800 eindrucksvollen Exponaten aus europäischen Sammlungen als »Stadt der Kaisermacher«. Schirmherrin ist Oberbürgermeisterin Petra Roth. Im Institut für Stadtgeschichte wird das Frankfurter Exemplar der Goldenen Bulle gezeigt, das so genannte »Reichsexemplar«, das nicht nur als einzige

der sieben Ausfertigungen immer in Frankfurt war, sondern auch bei jeder Wahl wieder zurate gezogen wurde. Ein populäres Rahmenprogramm soll die Neugier für die Stadtgeschichte wecken. So werden »Brennende Mainkastelle« zu sehen, ein »Krönungskonzert« im Dom zu hören, ein Volksfest auf dem Römerberg zu erleben und eine farbenprächtige »Stadtilumination« zu bestaunen sein.

Nach Abschluss der Ausstellung werden auch der Kreuzgang und das aufgrund der Ratgeb-Wandmalereien so herrliche Refektorium des Karmeliterklosters, dem Sitz des Instituts für Stadtgeschichte, geschlossen und saniert. Seit 1955 sind keine größeren Bauunterhaltungsmaßnahmen mehr erfolgt. Die Arbeiten haben bereits im Mai begonnen und sollen bis Oktober 2008 abgeschlossen sein. Das Karmeliterkloster ist die einzige erhaltene mittelalterliche Klosteranlage Frank-

furts. Als Archiv, Veranstaltungs-, Vortrags- und Konzertraum genügt es den heutigen feuerpolizeilichen Standards nicht. Den verheerenden Brand der Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar vor Augen, haben die Stadtverordneten im Frühjahr 2006 die erforderlichen Mittel bewilligt. Die Restaurierung der Ratgeb-Fresken ist dabei ebenso inbegriffen wie die Sanierung der gesamten Haustechnik sowie der Einbau einer flächendeckenden Brandmelde- und Entrauchungsanlage, die Herstellung einzelner Brandabschnitte und die Verbesserung der Fluchtwege. Auch die Goldene Bulle, die in den nächsten Wochen im Mittelpunkt des Interesses steht, wird nach Abschluss der Sanierung noch sicherer lagern: In der Privilegienkammer werden die veralteten Panzerschränke für wichtige Urkunden durch moderne brand- und rauchgeschützte Tresore ersetzt.

Die Kaisermacher

Frankfurt am Main und die Goldene Bulle
1356–1806

Eine Ausstellung im Institut für Stadtgeschichte, Historischen Museum, Dommuseum und Jüdischem Museum

30. September 2006 – 14. Januar 2007

▶ www.kaisermacher.de

▶ www.stadtgeschichte-ffm.de



Das wichtigste Dokument der Frankfurter Geschichte: Oberbürgermeisterin Petra Roth präsentiert in der Privilegienkammer des Instituts für Stadtgeschichte die »Goldene Bulle« Kaiser Karls IV.

Marschbefehl Richtung Levante

Petra Roth und Karlheinz Bühmann schreiben an den Kapitän der »Frankfurt am Main«

Der Deutsche Bundestag hat das Mandat für den Libanon-Einsatz der Bundeswehr erteilt. Kernstück des deutschen Engagements ist der Marineeinsatz zur Überwachung der libanesischen Seegrenze. Die Bundesmarine soll in einem Bereich von 50 Seemeilen vor der libanesischen Küste helfen, Waffenschmuggel für die Hisbollah zu unterbinden. Zugleich soll sie mit der libanesischen Armee zusammenarbeiten.

Den Kern der deutschen Einsatzflotte bilden zwei Fregatten: Die Führung übernimmt die »Mecklenburg-Vorpommern«, hinzu kommt die »Karlsruhe«. Diese Schiffe von rund 140 beziehungsweise 130 Meter Länge und jeweils rund 220 Mann Besatzung verfügen über je zwei Bordhubschrauber des Typs »Sea Lynx Mk88A«. Ihre Be-

waffnung ist für die Abwehr von Bedrohungen sowohl von der See her als auch aus der Luft ausgelegt. Vor allem die »Mecklenburg-Vorpommern« verfügt zudem über leistungsstarke Radaranlagen zur See- und

Luftraumüberwachung und zur elektronischen Kampfführung.

Mit dabei ist außerdem der Einsatzgruppenversorger »Frankfurt am Main« mit 174 Metern Länge und bis zu 233 Mann Besatzung. Dieses Schiff ist zur logistischen Unterstützung des Verbands ausgerüstet. Zudem verfügt es über ein Rettungszentrum für Notfall- und Intensivmedizin. Die »Frankfurt am Main« ermöglicht es einem Einsatzverband, bis zu 45 Tage auf See bleiben zu können und ist zusammen mit dem Schwesterschiff »Berlin« das größte Schiff der deutschen Marine.

Oberbürgermeisterin Petra Roth und Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bühmann (beide CDU) haben in einem gemeinsamen Schreiben an Fregattenkapitän Thomas Fischer der Besatzung der »Frankfurt am Main« alles Gute und einen konfliktfreien Verlauf der Mission gewünscht. Das Frankfurt Magazin druckt den Brief in vollem Wortlaut ab. (jr)



Der Einsatzgruppenversorger »Frankfurt am Main« verlässt den Marinestützpunkt in Wilhelmshaven und nimmt Kurs auf die libanesischen Küste.



Auf dem »Pfarrturm«: Robert Sommer vom Hochbauamt (l.) erläutert dem Praktikanten Chris Stucko (2.v.r.) Wissenswertes zum Stand der Restaurierungsarbeiten am Kaiserdom.

Chris Stucko aus New Jersey absolvierte ein Praktikum bei der CDU-Fraktion

»Die Stimmung in der Stadt war sehr aufregend«

Chris Stucko, 22 Jahre, geboren in New York City, lebt eine dreiviertel Autostunde von der Stadtgrenze des »Big Apple« in Middletown (New Jersey), einer Küstenstadt mit rund 60.000 Einwohnern.

Zur Vorbereitung seines wirtschaftswissenschaftlichen Studiums absolvierte der sympathische junge Mann nach Vermittlung durch die Steuben-Schurz-Gesellschaft bei der CDU-Fraktion ein mehrwöchiges Praktikum, um Einblicke in Politik und Gesell-

schaft der Stadt Frankfurt zu nehmen. Stucko verfolgte Fraktions-, Ausschuss- und Plenarsitzungen im Römer, Arbeitsprozesse im Stadtplanungsamt und bei der Bauaufsicht, besichtigte das Brandschutzzentrum in der Feuerwehrstraße und die

Sicherheitsvorkehrungen am Frankfurter Flughafen. Auch bei den Ortsterminen der Fraktion war Stucko mit dabei, zum Beispiel bei der Bundespolizei am Hauptbahnhof. »Ich habe sehr viel über Politik in Deutschland und über die Geschichte Frankfurts gelernt«, sagt Stucko, der ein ausgezeichnetes Deutsch spricht. Mit Goethehaus, Paulskirche und Alter Oper hat er in seiner Freizeit auch die Frankfurter Sehenswürdigkeiten aufgesucht. Ein Höhepunkt des Praktikums war sicher der vom Hochbauamt geführte Aufstieg zum Domturm, von dessen Spitze sich ein faszinierender Blick über die Innenstadt bis in den Taunus bot. Am Ende seines Aufenthaltes zeigte sich Stucko sehr beeindruckt von der internationalen Atmosphäre in der Stadt: »Am besten haben mir das Apfelweinviertel gefallen und die Erfahrungen mit den vielen Fußball-Fans in der Main-Arena bei der Fußball-WM. Die Stimmung in der Stadt war sehr aufregend«. (jr)

Neue CDU-Stadtverordnete

Verena David und Thomas Rätzke

Zwei neue Stadtverordnete kann die CDU-Fraktion in ihren Reihen begrüßen: Thomas Rätzke (56) und Verena David (29).

Der selbstständige Buchbindermeister und ehemalige Vorsitzende der Frankfurter Mittelstandsvereinigung rückte am 13. Juli 2006 für den zum hauptamtlichen Stadtrat gewählten Fraktionsvorsitzenden Uwe Becker nach. Rätzke gehörte der Stadtverordnetenversammlung bereits von 1987 bis 1989 und erneut von 1993 bis zum Ende der XV. Wahlperiode 2006 an.

Verena David, Studentin der Rechtswissenschaften und Mitglied in der Jungen Union, trat am 5. September 2006 an die Stelle der langjährigen Stadtverordneten Astrid Heil, die ihr Mandat niedergelegt hat. (jr)



Thomas Rätzke



Verena David

Bundesverdienstkreuz für Karlheinz Bührmann

Am 13. September 2006 erhielt Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann aus den Händen von Oberbürgermeisterin Petra Roth das Bundesverdienstkreuz am Bande. »Ich habe während meiner gesamten politischen Laufbahn nicht ein einziges Mal daran gedacht, einen Verdienstorden zu erhalten«, wird der Geehrte zitiert. Eine kleine, aber feine Gästeschar umringte den langjährigen Stadtverordneten und pensionierten Bundesbahnbeamten im Dienstzimmer der OB. 1977 zog Bührmann als Stadtverordneter erstmals in den Römer ein. Aber sein besonderes Augenmerk galt und gilt dem Stadtteil Nied, dessen Vereinen, der Kirchengemeinde wie auch dem dortigen Stadtbezirksverband der CDU, den er seit drei Jahrzehnten führt. Von 1999 bis 2001 amtierte Bührmann als Vorsitzender der CDU-Fraktion und führte als Stadtverordnetenvorsteher (seit 2001) das elektronische Parlamentsinformationssystem PARLIS ein. (jr)



Ehrung für große Verdienste: Stadtverordnetenvorsteher Bührmann mit Gattin und OB Petra Roth. Rechts im Bild: Die Fraktionsvorsitzenden der CDU und der Grünen im Römer, Markus Frank und Olaf Cunitz.



Zu Gast im Sitzungssaal der CDU-Fraktion: Mitglieder des Wiener ÖVP-Klubs, an der Spitze Klubobmann Tschirf (5.v.l.).

Delegation der ÖVP Wien zu Besuch

»Wien, Wien, nur Du allein« – von diesem im schönen Lied von Rudolf Siczynski beschworenen Prinzip haben die Vertreter des ÖVP-Klubs im Wiener Gemeinderat aus praktischen Erwägungen Abstand genommen und sich in Frankfurt am Main über die kommunale Verkehrspolitik informiert. Denn: Österreich ist 2008 EM-Gastgeber. Am 20. Juli 2006 empfing der neue Vorsitzende der CDU-Fraktion Frankfurt am Main, Markus Frank, eine stattliche Delegation der Österreichischen Volkspartei, angeführt von Klubobmann Dr. Matthias Tschirf.

Der ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien ist die Versammlung der Wiener Landtagsabgeordneten, Gemeinde- und Stadträte und der Bundesräte. In Frankfurt führten die Abgeordneten Gespräche zum Thema Fluglärminderung, zur Verkehrsabwicklung anlässlich der Fußball-WM 2006, zur Sicherheit im ÖPNV, zu Konzepten einer integrierten Gesamtverkehrszentrale, zur Parkraumbewirtschaftung und zum Pendlerverkehr. (jr)

Becker Landesvorsitzender der KPV

Die Landesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Hessen hat am 16. September 2006 den Frankfurter Uwe Becker zum neuen Vorsitzenden gewählt. Mit 65 von 66 Stimmen hat der 37-jährige hauptamtliche Stadtrat der Stadt Frankfurt Main ein sehr gutes Ergebnis erzielt. »Die KPV als Zusammenschluss der kommunalpolitischen Familie der CDU hat in der Vergangenheit viel getan, um als Sprachrohr, Netzwerk und Ideenfabrik ihren Anteil an der starken Position der CDU in Hessen zu leisten«, betonte Becker. Auch für die kommenden Jahre versprach er, den programmatischen Forderungen der KPV ein Gesicht und eine Stimme zu geben. Gleichzeitig dankte er auch seinem Vorgänger, Dr. Christean Wagner MdL, für seine langjährige Führung der Vereinigung. Die KPV vertritt die Interessen von knapp 6.000 Mandatsträgern in Hessen. (jr)



Stabwechsel an der Spitze der KPV Hessen: Stadtrat Uwe Becker löst Hessens CDU-Fraktionschef Wagner ab.



Bild: Rotberg

Zusammenkunft der Generationen: Im Plenarsaal des Stadtparlamentes besichtigen Hilde Neudeck-Holmes und ihr Enkel Jason auch die Ehrentafel mit den eingravierten Namen der Städtältesten, darunter Konrad Neudeck. Mit im Bild: Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann, CDU-Fraktionschef Uwe Becker und Stadtkämmerer a. D. Ernst Gerhardt (v.l.).

Zu Besuch in der deutschen Heimat

Hilde Neudeck-Holmes wandelt auf den Spuren ihres Vaters

Im Juni 2006 besuchte Hilde Neudeck-Holmes für drei Wochen ihre alte Heimat Frankfurt am Main. Enkel Jason sollte einmal die Stadt kennenlernen, die sie in der Nachkriegszeit als junge Frau verlassen hatte. Heute lebt Hilde Neudeck mit ihrer Familie in den Vereinigten Staaten. Ihr Vater Konrad Neudeck (1884–1970) war langjähriger Stadtverordneter der CDU-Fraktion. Jason sollte einmal sehen, wo sein Urgroßvater für die Stadt gearbeitet hat. Im Kaisersaal des Frankfurter Römer wurden die Gäste aus den USA von Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann (CDU) empfangen, dann ging es in den Plenarsaal, wo auch Konrad Neudeck einst als Stadtverordneter

wirkte. Ein eineinhalbstündiges Gespräch schloss sich an. Mit dabei: der CDU-Ehrenvorsitzende und Stadtkämmerer a. D. Ernst Gerhardt, der Neudeck noch gut als christlichen Gewerkschafter in Erinnerung hatte.

Neudeck war von Beruf Schlosser und Gewerkschaftssekretär. Geboren in Lobenfeld bei Heidelberg kam er 1904 nach Frankfurt, war Mitglied der Zentrumsparterie und leitete von 1919 bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 die Frankfurter Verwaltungsstelle des Christlichen Metallarbeiterverbandes. 1945 gehörte Neudeck mit der Mitgliedsnummer 412 zu den Gründungsmitgliedern der Frankfurter CDU. Von 1946–48 und von 1950–60 ge-

hörte er der Stadtverordnetenversammlung an, engagierte sich als IG-Metaller vor allem im Bau- und im Sozialausschuss sowie in verschiedenen Magistrats-Deputationen und in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen, unter anderem als Vorstandsmitglied der AOK Frankfurt. 1960 erhielt er die Ehrenplakette der Stadt, 1968 die Römerplakette in Gold und 1968 wurde er Städtältester. Mit seiner Ehefrau wohnte Neudeck im Stadtteil Praunheim. (jr)



Bild: Privatbesitz

Konrad Neudeck mit seiner Frau Katharina, aufgenommen anlässlich der Goldenen Hochzeit am 13. November 1959.

Streiter für Toleranz und Versöhnung

Hans-Ulrich Korenke 80 Jahre



Bild: Mertens

33 Jahre aktiv in der Kommunalpolitik: CDU-Fraktionschef Uwe Becker gratuliert dem Jubilar.

Hans-Ulrich Korenke feierte am 24. Juni 2006 seinen 80. Geburtstag. Ihm zu Ehren fand ein Empfang im Limpurgsaal des Frankfurter Römer statt. Korenke, geboren in Danzig, hat über Jahrzehnte die Kommunalpolitik in Frankfurt verantwortlich mitgestaltet. Als junger Journalist wurde er 1960 Stadtverordneter und engagierte sich sehr stark in der Kulturpolitik. Besonders internationale Kontakte im Zeichen der Versöhnung lagen ihm am Herzen. Mit dem Kulturausschuss organisierte er Fahrten nach Warschau oder Danzig und knüpfte Kontakte nach Israel. Die Partnerschaft Frankfurts mit Tel Aviv und auch das dortige Frankfurt Haus sind eng mit seinem

Namen verbunden. Von 1964 bis 1972 war er stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher und hatte in dieser Zeit über Jahre den schwer erkrankten Vorsteher Heinrich Kraft zu vertreten. 1977, mit der absoluten Mehrheit der CDU im Rücken, wurde Korenke dann für eine Wahlperiode selbst Stadtverordnetenvorsteher. Der Jubilar ist bekannt als pointierter Redner mit großem Gespür für die wichtigen Zwischentöne in der Politik. Bis 1993 gehörte er noch dem Römer-Parlament an. Als Gründer und Vorsitzender des Römer-Clubs e. V., einem Verein ehemaliger Stadtverordneter, ist er noch immer ein gesuchter Gesprächspartner und Ratgeber. (jr)



Hauptschulen stärken

Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Grünen im Römer

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept zur Stärkung der Frankfurter Hauptschulen vorzulegen. Hierbei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass

1. an allen Hauptschulen Schulsozialarbeit und ganztägige Angebote etabliert werden,
2. die Kooperation zwischen Hauptschulen und Realschulen intensiviert wird,

3. der Erwerb und der Ausbau der Deutschkenntnisse nachhaltig gefördert wird,
4. die Praxisorientierung der Schulen weiter gestärkt wird,
5. die Kenntnisse der Schulabgängerinnen und -abgänger, die Abschlussquote und die Vermittlung Frankfurter Schülerinnen und Schüler in den Arbeitsmarkt erhöht werden sollen.

Begründung: Die Stadt Frankfurt richtet in der aktuellen Bildungsdebatte ein besonde-

res Augenmerk auf die Entwicklung der Hauptschulen, um konsequent die Stärken der Schülerinnen und Schüler zu fördern und ihre Schwächen zu beheben.

Die Hauptschule sollte in besonderer Weise auf die Arbeitswelt vorbereiten und berufsbezogen gestaltet werden. Eine nachhaltige Stärkung der Hauptschulen unter Einbeziehung der oben genannten Punkte wirkt sich positiv auf die Bewertung durch Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aus und erhöht die Chancen der Schulabgängerinnen und -gänger in ihrem späteren Berufsleben.

Die Stadt Frankfurt am Main soll alles daran setzen, den Hauptschülerinnen und Hauptschülern bessere Chancen auf einen Arbeitsplatz zu bieten.

Allerdings sind ebenso die Unternehmen gefordert, Arbeitsplätze für die Jugendlichen zur Verfügung zu stellen, denn dies ist auch entscheidend für deren Zukunftschancen.

Jährliche Ratenzahlungen zulassen

Wahlgräber auf Frankfurter Friedhöfen

Gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion und der Fraktion Die Grünen im Römer

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in die gegenwärtig stattfindende Überarbeitung der Friedhofsgebührensatzung eine Regelung einzubeziehen, die bei der Erhebung von Gebühren für Wahlgräber auf Frankfurter Friedhöfen auch jährliche Ratenzahlungen bis zu fünf Jahren zulässt.

Begründung: In dem Erwerb von Wahlgräbern kommt eine unterstützenswerte Bestattungskultur zum Ausdruck, die vom Verwaltungshandeln gefördert werden sollte. Durch die langjährigen Nutzungsdauern können die Gebühren für Wahlgräber jedoch Beträge erreichen, deren vollständige Begleichung an einem Zahlungstermin zu Beginn des Nutzungszeitraumes nicht jedem möglich ist. Ausnahmsweise werden zwar auch heute schon fünf monatliche Zahlungen zu Beginn der Nutzung angeboten, die jedoch um die Möglichkeit einer jährlichen Zahlungsweise mit bis zu fünf Jahresraten ergänzt werden sollten.





Helmut Heuser

Flughafenausbau führt zu Mehrbeschäftigung

CDU-Fraktion begrüßt Bekenntnis der Bundesregierung zum Frankfurt-Airport



Helmut Heuser

Verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

»Der Frankfurter Flughafen ist für die wirtschaftliche Stärke unserer Stadt grundlegend, nicht nur als Verkehrsdrehscheibe und Wirtschaftsmotor, sondern auch als größte Arbeitsstätte der gesamten Bundesrepublik.

Der Ausbau ist deshalb auch ein Projekt von nationaler Bedeutung mit erheblichen positiven Auswirkungen auf den heimischen Arbeitsmarkt«, bekräftigte der verkehrspolitische Sprecher der CDU, Helmut Heuser.

»Der Flughafenausbau wird im Rhein-Main-Gebiet zu einer Mehrbeschäftigung in einer Größenordnung von rund 100.000 Arbeitsplätzen führen«, so Heuser.

»Die SPD im Römer hat bisher jeden Antrag gegen den Bau der neuen Nordwest-Landebahn mitgetragen und sogar eine Klage gegen den eigenen Flughafen mit unterstützt.



Bild: Fraport

Das ist mit Blick auf die Zukunft unserer Stadt unverantwortlich. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass Bundesverkehrsminister Tiefensee die Notwendigkeit zusätzlicher Kapazitäten am Boden zur Sicherung des Wirtschaftswachstums und des Luftverkehrsstandortes Frankfurt-Rhein-Main betont hat. Ein so klares und eindeutiges Bekenntnis zum Flughafen ist von den Sozialdemokraten in Frankfurt leider nicht zu vernehmen. Dabei hat der Bundesverkehrsminister Recht, wenn er sagt: »Der Ausbau ist ein Gebot der Stunde und ein Projekt für Deutschland.«

Günther Quirin

Städtische Computer-Reform drängt

CDU-Fraktion erwartet zügige Umsetzung des Projekts »net.ffm«



Günther Quirin

Personal- und Organisationspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

»Die Stadt Frankfurt am Main benötigt eine zukunftsfähige IT-Struktur für ihre Ämter und Behörden. Die von Stadtkämmerer Horst Hemzal geplante Reform der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) würde die Zuständigkeiten des Amtes für Informations- und Kommunikationstechnik

sowie der dezentralen Computerabteilungen in den einzelnen Ämtern neu definieren«, erklärte der personal- und organisationspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Frankfurt am Main, Günther Quirin.

Die beabsichtigte erste große Neustrukturierung der IKT seit der Dezentralisierung 1995 soll mit dem einheitlichen PC »City-Klient« und der Integration aller Systeme der Ämter und Betriebe in den zentralen Verzeichnisdienst »Active Directory« eine sinnvolle und datensichere Plattform für bestehende und künftige Computeranwendungen der städtischen Beschäftigten sowie für E-Government-Angebote



Bild: opa

schaffen. »Zudem hat der Landesrechnungshof der Stadt 2004 bescheinigt, sie betreibe eine unwirtschaftliche IT und es bestünden Einsparpotenziale von rund 8 Millionen Euro nur für Technik und PC-Administration«, so Quirin.

Boris Rhein antwortet

Boris Rhein (34), von Beruf Rechtsanwalt, gehört seit 1993 der CDU an. Von 1996 bis 2003 führte er den Kreisverband der Jungen Union in Frankfurt am Main. Seit 2004 ist Rhein stellvertretender Kreisvorsitzender der Frankfurter CDU. Von 1999 bis 2006 vertrat er in Wiesbaden als direkt gewählter Landtagsabgeordneter den Frankfurter Wahlkreis 36 (Stadtteile Dornbusch, Eschersheim, Gallus/Gutleut, Innenstadt, Westend). Zuletzt Vorsitzender des Rechtsausschusses im Hessischen Landtag, wählte ihn die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung am 13. Juli 2006 zum hauptamtlichen Stadtrat mit Zuständigkeit für das Dezernat Recht, Sicherheit, Brandschutz und Personal.

Wenn nicht hier, wo würden Sie gerne leben? »Die Frage stellt sich für einen Frankfurter Bub nicht!«

Was sind Ihre liebsten Freizeitbeschäftigungen? »Mit meinem Sohn Bruno die Stadt erkunden und alles, was mit Bergen zu tun hat: Mountainbiken, Wandern und Skifahren.«

Welches Talent hätten Sie gerne? »Handwerkliches Talent. Leider habe ich zwei linke Hände.«

Ihr Hauptcharakterzug? »Ungeduld und der unwiderstehliche Drang, Dinge zu ändern und zu gestalten!«

Wer oder was hätten Sie gerne sein mögen und warum? »Dezernent für Recht, Sicherheit, Brandschutz und Personal im Magistrat der Stadt Frankfurt.«

Ihr/e Lieblingsheld/in in der Geschichte, Gegenwart oder Dichtung? »Mordechaj Anielewicz, der den Aufstand im Warschauer Ghetto angeführt hat.«

Traditionen, die Sie nicht missen möchten? »Mit meiner Frau und Bruno zu Heiligabend auf den Altkönig steigen.«



Bild: Boeckheler

Was bringen Sie »spontan« mit der CDU in Verbindung? »Walter Wallmann, Helmut Kohl, Konrad Adenauer und seine Entscheidung für die soziale Marktwirtschaft und damit für Frieden, Freiheit und Demokratie.«

Mit welcher Person würden Sie gerne mal über politische Themen diskutieren und warum? »Mit dem ehemaligen hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer über den Frankfurter Auschwitzprozess

und die Aufarbeitung des schrecklichen NS-Unrechtes.«

Welchen Job in der Politik würden Sie gerne mal für vier Wochen ausüben? »Meine neue Tätigkeit ist so spannend und interessant, dass ich zuerst meine jetzt gesetzten Ziele verwirklichen möchte, bevor ich mir über andere Jobs Gedanken mache!«

Welches Buch lesen Sie gerade? »Ich lese immer zwei Bücher parallel; derzeit von Loretta Napoleoni ›Ökonomie des Terrors‹ und von Andreas Maier ›Wäldchestag‹.«

Wer ist Ihr Lieblingsschriftsteller? »Bodo Kirchhoff (insbesondere ›Schundroman‹), Martin Walser (insbesondere ›Finks Krieg‹) und Thea Dorn (insbesondere ›Die Hirnkönigin‹).«

Ihr Lebensmotto? »Leben und leben lassen!«

Sonnige Makarska Riviera – Kroatien

Makarska – Dubrovnik – Hvar – Naturpark Biokovo – Krka-Wasserfälle – Split

Entdeckungsreise 13. – 20. Mai 2007

Reisewelt 
WWW.REISEWELT-NEUHOF.DE

Erlebnisreich reisen
Verantwortlich für Anzeigeninhalt und Reisedurchführung



Hinreißend schöne Landschaften, imposante Karstgebirge, kristallklares Wasser – das erwartet Sie in einer der schönsten Urlaubsregionen Europas.

1. Tag: Linienflug von Frankfurt am Main nach Split, Fahrt entlang der wunderschönen Adriaküste in Ihr 4-Sterne-Hotel Laurentum in Tucepi an der Makarska Riviera

2. Tag: Halbtagesfahrt nach Makarska inklusive Besichtigungsprogramm

3. Tag: Tagesfahrt zur „Perle der Adria“ nach Dubrovnik mit Besichtigungsprogramm und Stadtführung

4. Tag: Bootsfahrt auf die Lavendelinsel Hvar bzw. Brac

5. Tag: Programmfreier Tag – Halbtagesausflug in den Naturpark Biokovo (fakultativ)

6. Tag: Tagesfahrt in den Nationalpark Krka-Wasserfälle und zur Klosterinsel Visovac, Museumsbesuch und Spezialitätenessen

7. Tag: Programmfreier Tag – Dalmatinischer Abend in einem urigen Bergdorf mit landestypischem Essen (fakultativ)

8. Tag: Fahrt nach Split mit Besichtigungen, Rückreise

Bestes Hotel
an der
Makarska Riviera



Ihre Vorteile bei Reisewelt:

Umfangreiches Ausflugsprogramm

Kulturnahe Veranstaltungen

Fachkundige, erfahrene Reiseleitung

Leistungen:

- Flug mit Lufthansa/Croatia von Frankfurt nach Split und zurück
- Alle Flughafengebühren und Steuern
- Alle Transfers in Kroatien
- 7x Übernachtung im sehr guten 4-Sterne-Hotel Laurentum in Tucepi; alle Zimmer sind komfortabel eingerichtet und verfügen über Bad, Föhn, Balkon, Telefon, Klimaanlage, TV
- Sauna- und Fitnessraum-Benutzung
- Badehandtuchservice
- Safe-Nutzung (Zimmer oder Rezeption)
- 7x reichhaltiges Frühstücksbuffet
- 6x Abendessen (Menüwahl)
- 1x Galaabendessen
- Halbtagesfahrt Makarska
- Tagesfahrt nach Dubrovnik
- Stadtführung in Dubrovnik (ohne Eintritte)
- Bootsfahrt zur Lavendelinsel Hvar bzw. Brac
- 1x reichhaltiges Spezialitätenessen inklusive Wein und Mineralwasser
- Tagesfahrt zum Nationalpark Krka-Wasserfälle
- Bootsfahrt zur Klosterinsel Visovac
- Führung durch das kulturhistorische Museum in Krka
- Einkehr bei einem Karstbauern mit rustikalem Essen und Getränken
- Fachkundige Reisewelt-Reiseleitung
- Reisebegleitung durch Hr. C. Warnke
- Reiseliteratur
- Reiserücktrittskostenversicherung

8 Tage p.P.

€ 789,-

Zimmer direkte Meeresseite Aufpreis: € 30,-
Einzelzimmerzuschlag: € 165,-
Verlängerungswoche bis 27.05.07 buchbar
inklusive Halbpension: € 325,-

Die Frankfurter Partei. 

Beratung & Buchung:
Pfarrer i.R. Christof Warnke

CDU Frankfurt am Main

Hanauer Landstraße 7 – 60314 Frankfurt / Main
Tel.: (069) 1530990 – Fax: (069) 15309920